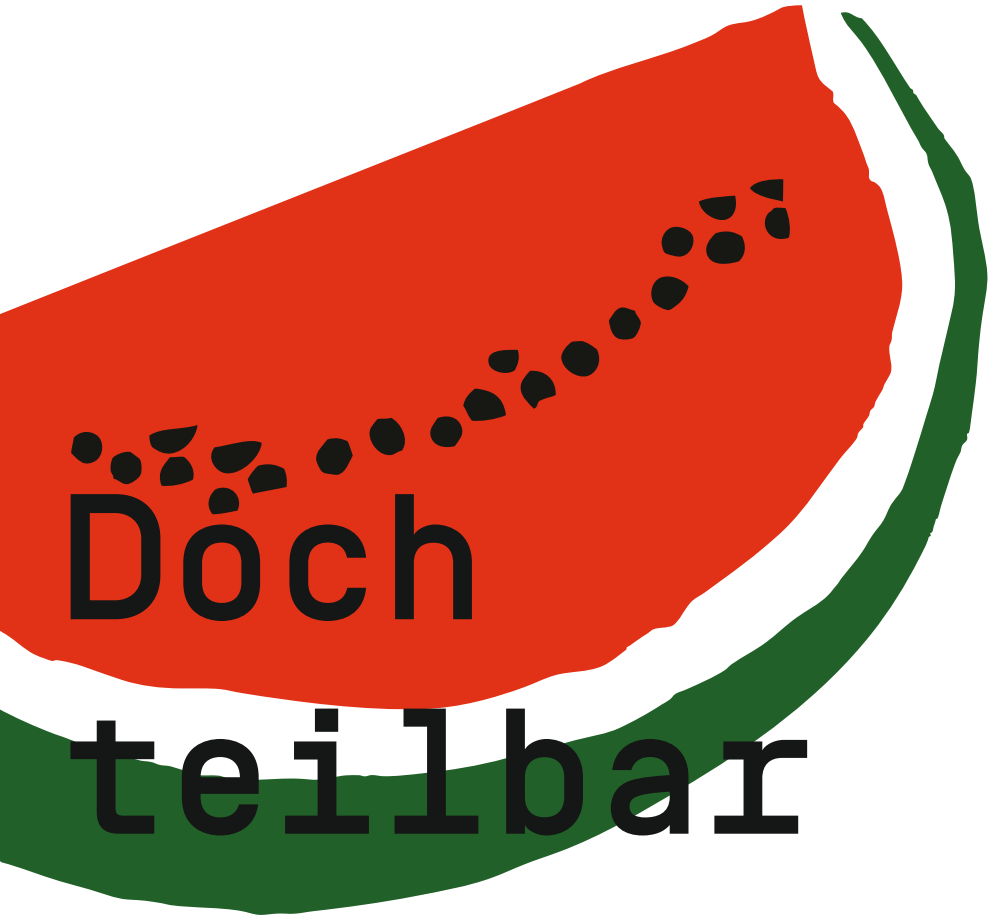


rundschreiben
02/23



medico international



Menschenrechte in Israel/Palästina |
Autoritäre Mehrheiten: Türkei, El Salvador,
Europa | Global Assembly in Frankfurt

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 02-23



Titel: Melone statt Flagge.
Khaled Houranis „Watermelon Flag“ – eine Variation der Farben der palästinensischen Flagge – erzählt vom Verbot nach 1967, diese Farben in Gemälden zu verwenden. Sie ist zugleich vitaminreiche Alternative zur in die Jahre gekommenen Nationalfahne. Verwendung mit freundlicher Genehmigung des Künstlers.

4 Editorial



6 Doppelstandards
Leitartikel zur deutschen Politik gegenüber Palästinenser:innen

10 MENSCHENRECHTE IN ISRAEL/ PALÄSTINA

Hoffnung wäre paradox
Schlaglichter der Besatzung

17 Neunzehneinhalb
In Palästina ist ein politischer Neuanfang überfällig

20 Bürokratische Gewalt
Unter israelischer Kontrolle: Gesundheitsversorgung in Gaza

22 Für das Recht auf Rechte
medico-Arbeit und aktuelle Kooperationen vor Ort

24 Staatsräson sticht Grundrechte
Einschränkungen palästinensischen Protests in Deutschland

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantwortl.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Ramona Lenz, Christian Sälzer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektorat: Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
medico, Privat

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

28 Projekte/Projektionen

Ukraine, Kenia, Indonesien/
Deutschland



32 AUTORITÄRE MEHRHEITEN

Katerstimmung

Erdoğan bleibt, die Türkei rückt weiter nach rechts

36 Der Geist von 1951

Asyl-Beschluss und Tunesien-Deal: Die EU schottet sich ab

38 Strafender Populismus

Krieg gegen die Gangs: In El Salvador wird die Verfassung demontiert

43 Schrumpfende Räume

Global Assembly in Frankfurt und Autoritarismus weltweit

46 Keine Versöhnung

Namibia: Deutschland brüskiert die Nachfahren des Genozids

50 Radikal subjektiviert

Zum Abschied von Katja Maurer bei medico



54 DAS INTERVIEW

Anwalt ohne Parkplatz

Menschenrechtsanwalt Michael Sfar zu Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs

58 medico aktiv

20 Jahre Irak-Krieg, Haitianische Literatur, Wider die Asylpolitik der EU

60 Spenden & Stiften

62 Bestellen & Verbreiten

Der Leviathan soll Sicherheit bieten. Für Minderheiten bedeutet das oftmals Repression

Liebe Leserinnen und Leser,

„Panic and neglect“ heißt die neue Folge des medico-Podcasts über die Weltgesundheitspolitik vor und nach Corona. Wichtige Lehren werden nicht gezogen, auf Panik folgt Ausblenden. „Neglect“ bedeutet allerdings nicht nur das. Es gibt auch ein gleichnamiges neurologisches Krankheitsbild: Ein Neglectpatient isst nur eine Hälfte seines Tellers und rasiert sich nur eine Gesichtshälfte, er „übersieht eine Seite der ihn umgebenden Welt“, heißt es bei Wikipedia. Im allwissenden Internet findet sich allerdings nichts zu einer möglichen sozialpsychologischen Ausprägung dieses Krankheitsbildes. Das überrascht. Denn eigentlich kann es keinen Zweifel geben, dass sich unsere Öffentlichkeit derzeit in einem kollektiven Neglect befindet.

Die Menschenrechte beispielsweise werden zwar unablässig bemüht. Sie fristen allerdings ein ziemlich beliebiges Dasein und bleiben von den Tatsachen der situativ ausgeblendeten Welthälfte unberührt. Während vor kurzem noch lautstark nach Waffen zur Verteidigung der westlichen Werte gerufen wurde, fiel die Reaktion auf die Zustimmung der Bundesregierung zum neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) deutlich leiser aus. Was gestern in der Verteidigung der Ukraine ein neues europäisches Selbstbewusstsein begründete, spielt schon heute an Europas Grenzen kaum noch eine Rolle.

Ähnliche Doppelstandards gelten auch beim Umgang mit den Palästinenser:innen. Die „Wiedergutwerdung der Deutschen“, die sich nicht über die Bekämpfung von Neonazis vollzieht, sondern beispielsweise über Verbote von palästinensischen Veranstaltungen, hat erneut eine eigentümliche

Wendung genommen. In vielen Teilen der Welt wird das nicht erst seit der documenta mit einer Mischung aus Belustigung und Entsetzen wahrgenommen. Über die „Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson“ und deren Konsequenzen für die Menschenrechte der Palästinenser:innen schreiben Riad Othman im Leitartikel sowie der Jurist Ralf Michaels. Katja Maurer reflektiert in ihrer Reportage nicht nur Eindrücke ihrer Reise nach Palästina und Israel. Sie geht auch der Frage nach, wie es heute um die von medico vor 21 Jahren zu dem asymmetrischen Konflikt formulierten „Zeichen paradoxer Hoffnung“ steht. Ihre Reportage ist übrigens nach zwei Jahrzehnten als Chefredakteurin des rundschreibens ihr erster Beitrag aus dem Ruhestand. Wie Katja in dieser Zeit medico prägte, lesen Sie ab Seite 50.



Jüngst ist Mario Neumann zusammen mit Katja Maurer durch Israel/Palästina gereist. In ihrer Nachfolge ist er nun verantwortlicher Redakteur des rundschreibens.

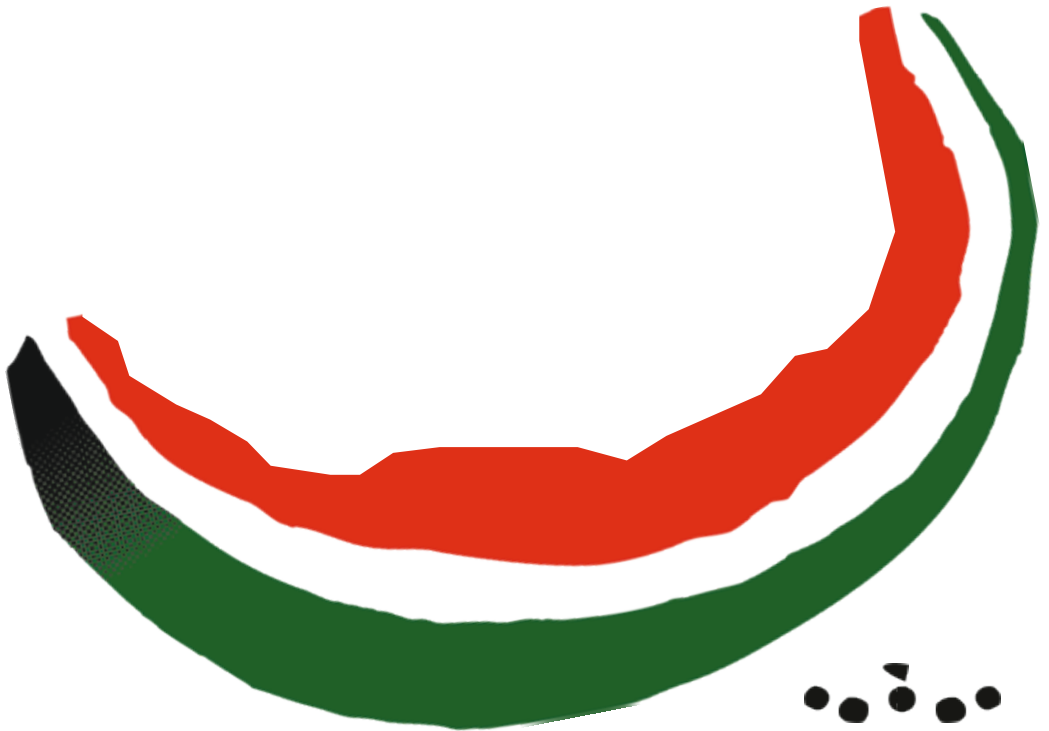
Nicht nur in Israel herrscht jene gesellschaftliche Stimmung, die die Sehnsucht nach einem neuen „Leviathan“ erstarken lässt. Für Thomas Hobbes war dies ein Staat, der sich auf der Angst des Menschen vor dem anderen und einer daraus resultierenden Furcht vor dem Tod gründete. Hobbes hielt das für einen „Naturzustand“, in dem der Leviathan als freundliches Ungetüm Sicherheit stiftet. Tatsächlich ist diese Angst aber kein Naturzustand, sondern sie wird durch gesellschaftliche Umstände gemacht. Doch die politische Grammatik ist dieselbe: In der Türkei, in El Salvador und anderswo versprechen autoritäre Führer den vom globalen Ausnahmezustand erschöpften Gesellschaften vor allem eines: Sicherheit. Nicht selten gibt es dafür Mehrheiten. Dass das für Minderheiten oftmals Repression bedeutet – darüber schreiben die Kolleg:innen aus der rundschreiben-Redaktion Anita Starosta, Ramona Lenz und Moritz Krawinkel.

Vielleicht können bei der Diagnose unseres kollektiven Neglects hierzulande diese Berichte helfen. Vielleicht sind es weniger Moral und Werte und vielmehr die vom globalen Krisengeschehen entfachte Sehnsucht nach Sicherheit, die den politischen Kompass hierzulande ausrichten. Jedenfalls befindet sich die politische Moral in Deutschland spätestens seit Corona in einem verdächtigen Einklang mit den eigenen Sicherheitsinteressen – und mit noch etwas anderem, das auch bereits Thomas Hobbes kannte. Für ihn gab es nämlich nicht eine, sondern zwei Grundcharakteristika des Menschen. Die zweite wird gerne überlesen. Neben der Angst vor dem Tod und dem daraus resultierenden Drang nach Sicherheit zeichne sich der Mensch durch seine Bequemlichkeit aus. Panic and relax. Der globale Autoritarismus hat viele Gesichter, auch gemütliche.

In diesem Sinne: Machen Sie es sich wie gewohnt nicht zu bequem und betrachten Sie weiterhin den ganzen Teller. Oder auch etwas mehr.

Ihr Mario Neumann

Doppel- stan- dards



Die deutsche Politik stellt die Menschenrechte der Palästinenser:innen hinten an

Von Riad Othman

Das vergangene Jahr war für Palästinenser:innen im Westjordanland das tödlichste seit fast 20 Jahren. Israelische Besatzungstruppen und Siedler töteten 146 Menschen. Und die Spirale dreht sich weiter: Bis Ende Mai 2023 sind bereits 112 Personen erschossen worden. „Wir als internationale Partner müssen für die Opfer einstehen. Jedes Opfer hat einen Namen. [...] Wir müssen ihre Namen aussprechen und ihre Rechte fördern. Und wir müssen die Täter beim Namen nennen“, sagte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock am 27. Februar 2023 vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf. Allerdings ging es da um die Ukraine. Im Zusammenhang mit der Fußball-WM in Qatar erklärte sie: „Unsere Welt basiert auf Menschenrechten und deswegen sind Menschenrechte unteilbar.“

Doch diese Welt der deutschen Außenpolitik scheint Palästina nicht einzuschließen. Der selektive Charakter der moralischen Empörung stellt die viel bemühte Wertebasis fundamental infrage. Als beispielsweise im Mai 2022 ein Scharfschütze der israelischen Armee die palästinensische Journalistin Shirin Abu Akleh erschossen hatte, und zwar mit voller Absicht, wie eine Untersuchung von Forensic Architecture nachwies, reichte es von deutscher Seite nicht einmal für die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchungskommission, obwohl der schwerwiegende Verdacht sich früh erhärtete. Menschenrechte verkommen zur

Floskel, die man dann bemüht, wenn es gerade passt – oder weglässt, wenn es den eigenen Interessen dienlich ist. Doppelstandards wendet die Bundesregierung gegenüber vielen Ländern an, man denke an den Umgang mit Ägypten oder der Türkei. Hinsichtlich Israel und Palästina sind sie jedoch besonders eklatant.

Repression gegen Zivilgesellschaft

Das langjährige israelische Vorgehen gegen palästinensische Menschenrechtsorganisationen fand im Oktober 2021 einen Höhepunkt, als der damalige Verteidigungsminister Benny Gantz sechs auf einmal zu Terrororganisationen erklärte, darunter zwei Partnerorganisationen von medico. Das Hauptziel war, ihre finanzielle Unterstützung durch internationale Geber, darunter Deutschland, auszutrocknen, die zögerlich auf die Anschuldigungen reagierten und erst einmal keinen entschiedenen Widerspruch einlegten, obwohl keine überzeugenden Beweise vorgelegt wurden. In Israel wusste man die Zeichen zu deuten. Im August 2022 brach die Armee in die Büros der Organisationen ein, nahm deren Computer mit und ordnete ihre Schließung an. Die Repression im Umgang mit der Zivilgesellschaft soll nun auch nach innen ausgeweitet werden: Ein umstrittenes Gesetzesvorhaben, das israelische Organisationen durch die Besteuerung staatlicher Zuschüsse aus dem Ausland ins Visier

genommen hätte, wurde nur nach der Intervention mehrerer Regierungen vorübergehend gestoppt. Auch die Bundesregierung setzte sich bei ihren israelischen Partnern gegen das Gesetz ein.

Dieser Unterstützung von Organisationen vor Ort, die auch im Fall israelischer Verbrechen seit Jahren gegen Straflosigkeit kämpfen, steht ein zunehmend widersprüchliches Handeln der Bundesregierung auf internationaler Ebene gegenüber. Bei der Abstimmung im UN-Menschenrechtsrat zur Einrichtung einer Untersuchungskommission wegen der massenhaften Erschießung von Demonstrierenden im Gazastreifen 2018 enthielt sich Deutschland noch.

Mittlerweile scheint Berlin allerdings gegen multilaterale Mechanismen zur Untersuchung und, falls erforderlich, Verfolgung von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen zu opponieren, wenn es um Israel geht. Als die Vorverfahrenskammer des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) prüfte, ob die Situation in Palästina unter die Jurisdiktion des Gerichts falle, versuchte Deutschland dies abzuwenden, indem es der Kammer als „amicus curiae“ seine Sicht der Dinge in einem eigenen Rechtsgutachten übermittelte. Als dieser Weg scheiterte und die Kammer 2021 abschließend und für alle Vertragsparteien die Zuständigkeit des IStGH verbindlich entschied, positionierte sich das Auswärtige Amt öffentlich dagegen. Ein solches Vorgehen von einem Staat, der sich jahrelang für das Römische Statut und die Schaffung des Gerichtshofs eingesetzt hatte, setzt den IStGH politisch unter Druck und beschädigt ihn. Dieser Trend setzte sich Ende 2022 fort: Die Bundesrepublik stimmte in der UN-Generalversammlung gegen die Resolution, die den Internationalen Gerichtshof mit der Ausarbeitung eines Gutachtens zur grundsätzlichen Legalität der Besatzung beauftragte.

Eine große Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten stimmte dafür.

Sicherheit versus Menschenrechte

„Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.“ Als abgewandeltes Zitat wie hier oder in der Urfassung Angela Merkels als „Teil“ deutscher Staatsräson ist dieser Satz Dutzende Male im Mund geführt worden, auch von Politiker:innen wie Olaf Scholz oder Annalena Baerbock. Was ist gemeint, wenn er immer wieder gesagt wird? Wer definiert, worin Israels Sicherheit besteht? Benjamin Netanjahu, der mehrfach gesagt hat, dass er das Jordantal – ein Drittel der Westbank – niemals räumen wird? Der ehemalige Verteidigungsminister Benny Gantz, der vielen hierzulande als gemäßigt gilt, einen palästinensischen Staat unter Verweis auf die israelische Sicherheit aber ebenfalls strikt ablehnt? Ein derart unpräziser und entgrenzter Sicherheitsbegriff erteilt dem palästinensischen Wunsch nach einem Leben ohne Gewalt, in Freiheit und Würde, faktisch eine Absage. Denn am Ende bestimmt alleine Israel, wann sein Sicherheitsbedürfnis befriedigt sein wird. Unterdessen gehen der Siedlungsbau und die staatliche Gewalt weiter. Die Erschießung palästinensischer Zivilist:innen, Journalist:innen und unbewaffneter Demonstrant:innen, Angriffe auf Gesundheitspersonal, spontane wie organisierte Siedlergewalt, nächtliche Razzien der israelischen Armee, bei denen sie grundlos in Privathäuser eindringt und Familien aus dem Schlaf reißt: Alltag in den besetzten Gebieten. Von „legitimen palästinensischen Sicherheitsinteressen“ wird selten gesprochen.

Bei den Reden anlässlich des 75. Jahrestags der Staatsgründung Israels im Bundestag spielte das alles dementsprechend keine Rolle. Auch die Tatsache, dass die Staatsgründung

Israels untrennbar mit der Vertreibung und Flucht eines Großteils der palästinensischen Bevölkerung verbunden war, blieb – außer in der Rede Jürgen Trittins – unausgesprochen. Stattdessen wurde unter Bezugnahme auf eine stark romantisierte und in Teilen verfälschte Version der Geschichte die deutsch-israelische Freundschaft beschworen. Der eigentliche Inhalt dieser besonderen Beziehungen blieb dabei seltsam konturlos. Und bei Friedrich Merz nahm er eine eigentümliche Wendung: „Auf dem Militärstützpunkt Tel Nof werden deutsche Soldaten von Angehörigen der israelischen Streitkräfte an der Heron-Drohne zu Piloten ausgebildet. Deutsche und israelische Soldaten leben und arbeiten Seite an Seite für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratien und den Einsatz für gemeinsame Werte in der Welt.“ Welche Werte das genau sein sollen, blieb unklar. Klarer ist hingegen, wo und unter welchen Umständen die israelische Armee die Erfahrungen sammelt, die sie dann an Angehörige der Bundeswehr und deutschen Polizei weitergibt: Getestet werden Taktiken der Aufstandsbekämpfung und neue Waffensysteme an der palästinensischen Bevölkerung, in Gaza beispielsweise an einer extrem jungen Bevölkerung von rund zwei Millionen Menschen – rund 40 Prozent sind jünger als 15 Jahre –, die bei Angriffen keine Schutzräume hat. Die israelische Rüstungsindustrie vermarktet ihre Waffen als kampferprobt und unter realen Bedingungen getestet, quasi mit dem Gütesiegel der Besatzung.

Anders anfangen

Die Alternative wäre ein konsequenter Einsatz für Menschenrechte und Völkerrecht ohne Ansehen jeweiliger Zugehörigkeiten von Opfern und Tätern. Innenpolitisch müsste dieser einhergehen mit der Rückbesinnung auf das Grundgesetz und darin garantierte Rechte

wie das der Versammlungsfreiheit, der freien Meinungsäußerung sowie der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit. Die Bundesregierung sollte auch außenpolitisch die Janusköpfigkeit ihres Ansatzes überdenken. Sie muss sich entscheiden: Will sie – unter Verweis auf die eigene Geschichte – ein möglichst spannungsarmes Verhältnis zu Israel, das – from the river to the sea – straflos schalten und walten kann, während es sich sogar im Innern immer mehr zu einer illiberalen Ethnokratie entwickelt? Das wäre eine Klärung dahingehend, dass die Menschenrechte eben doch nicht für alle gelten oder dass, mit anderen Worten, Palästinenser:innen der deutschen Staatsräson geopfert werden müssen. Oder will sie die „Unteilbarkeit der Menschenrechte“ auch Palästinenser:innen zuteilwerden lassen?

An der besonderen Verantwortung Deutschlands für Jüdinnen und Juden würde sich dadurch nichts ändern. Eine gelebte Praxis dieser Verantwortung müsste dann aber anders aussehen und neu gedacht werden. Sie könnte sich nicht mehr in symbolpolitischen Gesten erschöpfen und dürfte sich die Bestätigung, genügend gegen Antisemitismus zu tun, nicht von der rechtsextremen Regierung eines Landes holen, die die Menschenrechte mit Füßen tritt.



Riad Othman arbeitet seit 2016 als Nahostreferent für medico international von Berlin aus. Davor war er medico-Büroleiter für Israel und Palästina.

Hoffnung w paradox

Einblicke aus Gaza, der We
Tel Aviv, Haifa – und aus



Wenigstens etwas Normalität lässt sich am Strand von Gaza erleben.

äre

stbank,
Deutschland



Schlaglichter der Besatzung. Eine Reportage

Von Katja Maurer

Als medico vor 21 Jahren den Aufruf „Zeichen paradoxer Hoffnung“ zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen in Israel und Palästina veröffentlichte, war das Echo groß. Ein ganzes Rundschreiben versuchte sich damals in der vielfältigen psychoanalytischen und philosophischen Beschreibung des Konflikts. Heute wirkt das Wort Konflikt hingegen unangebracht. Denn ein Konflikt setzt halbwegs ebenbürtige Gegenüber voraus. Schon damals war Israel den Palästinenser:innen militärisch überlegen. Die Selbstmordattentate, die ja auch nur noch das letzte Mittel darstellten, waren dafür der beredte Ausdruck. Inzwischen ist aus der bereits seit dem Krieg von 1967 offenkundigen Asymmetrie zwischen Israel und den Palästinenser:innen allerdings eine totale politische, militärische und ideologisch-moralische Überlegenheit Israels geworden.

Seither sind wir Augenzeug:innen einer politischen Entwicklung in Israel, die mit illiberaler Demokratie nur ungenügend beschrieben ist. Die israelische Soziologin Eva Illouz hat in ihrem gerade erschienenen Buch „Undemokratische Emotionen: Das Beispiel Israel“ diese politische Veränderung aufrüttelnd beschrieben. Sie untersucht den Aufschwung der Rechtspopulist:innen in Israel als Fallstudie, die für diesen aktuellen politischen Trend weltweit von Relevanz ist. Der am längsten regierende Populist ist nämlich Netanjahu. Die Ingredienzien seines politischen Stils sind laut Illouz prägendes Vor-

bild weltweit: betont maskulin, den Rechtsstaat und etablierte demokratische Institutionen angreifend, auf Verschwörungstheorien über einen tiefen Staat setzend. Es gewinnen, so Illouz, politische Emotionen an Einfluss, die nicht Demokratie, sondern Autoritarismus begründen: „Angst, Abscheu, Ressentiment“. Diese negativen Gefühle seien zugleich in der „Liebe zur Nation oder zum jüdischen Volk aufgehoben“, die gegen die anderen, insbesondere die Araber:innen als Feind:innen, konstruiert werde. Die Rede ist also von einem ethno-religiösen und versicherheitlichten Nationalismus, der in Israel hegemonial geworden ist. Zum 75. Jubiläum der Gründung des Staates, der Jüdinnen und Juden aus Europa tatsächlich eine Zuflucht nach dem Holocaust bot, ist das eine Tragödie.

Geografie der Fragmentierung

Wer lange bei medico arbeitet, hat das Glück, Menschen kennenzulernen, deren politische Haltung und persönlicher Einsatz für das Menschenrecht eine tiefe Ehrfurcht hervorrufen. So einer ist Yehuda Shaul. Der Gründer von Breaking the Silence, der Organisation ehemaliger israelischer Soldat:innen, die Zeugnis über Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee ablegen, ist ein wuchtiger Mann mit langsam ergrauendem Haar und Vollbart. Sein amerikanisches Englisch dröhnt laut und manchmal pathetisch über die Hügel der israel-

lisch-palästinensischen Landschaft hinweg. Er hätte einen guten Rabbi abgegeben, wenn es so gekommen wäre, wie seine streng religiösen Eltern es für ihn vorgesehen hatten. Seit er als Soldat in Hebron diente, kennt er jedoch keine andere Aufgabe, als die israelische Besatzung zu kritisieren, zu analysieren und allen, die es hören wollen, mit ihren immer weiter eskalierenden Formen der Gewalt zu beschreiben.

Inzwischen hat Shaul sich tief in die Geschichte der Besatzung von 1967 bis heute hineinbegeben, *Breaking the Silence* macht mittlerweile ohne ihn weiter. Ausgerüstet mit Landkarten und Regierungsdokumenten, die bis in die Zeit kurz nach Ende des Krieges von 1967 reichen, treffen wir ihn auf einer Anhöhe am Rande von Jerusalem. Als Ergebnis dieses Krieges kontrollierte Israel das Westjordanland einschließlich Ostjerusalem, den Gazastreifen sowie den Sinai und die Golanhöhen. Es habe, so Yehuda, keinen wirklichen Plan gegeben, nur die Befürchtung, die USA würden Israel schnell zum Rückzug zwingen. Yehuda blättert in den Plänen, die er auf einen Tisch unter einem Baum legt, und zeigt, wie bereits 1967 Siedlungspolitik das wesentliche Element war, um die von Palästinenser:innen bewohnten Teile Ostjerusalems immer weiter einzukreisen und die Stadt vom Rest der Westbank abzuspalten. In der Siedlungspolitik sieht Yehuda eine Kontinuität von 1967 bis heute. Immer wieder zeigt er uns auf den Karten und später auch im Augenschein die Allon-Straßen. Der damalige Verteidigungsminister der Arbeitspartei, Jigal Allon – im Wikipedia-Eintrag gilt er als linker Zionist –, hatte bereits die Pläne für die Straßenführungen in den besetzten Gebieten ausgearbeitet. Sie waren strategisch so angelegt, dass sie das Westjordanland zerteilen und von Jordanien abschneiden. Die umgehend in Angriff genommenen Siedlungen waren strategisch geplant, um die Kontrolle der Gebiete dauerhaft zu sichern.

Mittlerweile dominieren radikal-religiöse Siedler:innen das Geschehen. Wir stehen auf einer Anhöhe in der Westbank. Hier liegt die Siedlung Ofra. Kaum sind wir ausgestiegen, erscheint ein blaues, ziemlich heruntergekommenes Auto. Ein wenig vertrauenswürdiger Siedler mit Kippa, Gebetsriemen, Dreitagebart und abgewetzten Hosen sowie einer Waffe an der Schuler fragt herausfordernd, was wir hier wollten. Yehuda kennt das schon und wehrt ihn ab. Trotzdem bleibt der Mann stehen und telefoniert. Offenbar gehört er zu einer privaten Siedler-Miliz. Der rechtsradikale Minister Itamar Ben Gvir macht sich jetzt daran, eine ähnliche Miliz mit besonderen Befugnissen gegen die palästinensischen Staatsbürger:innen Israels im Kernland aufzubauen. Die Drohgebärde des bewaffneten Siedlers ist beeindruckend. Er tritt auf wie der unwidersprochene Herr und Gebieter des Territoriums.

Radikale Siedler:innen wie er verfolgen beständig nur das eine Ziel, den Palästinenser:innen so viel Territorium wie möglich abzunehmen und die darauf lebende Bevölkerung zu verdrängen. Ihre Minister setzen offen auf einen Krieg, den sie als Anlass nutzen könnten, die Palästinenser:innen vollständig aus der Westbank zu vertreiben. Während wir weiter durch das hügelige Gebiet fahren und in der Ferne Jordanien mit seinen kargen Felsen blau dämmert, beobachten wir drei ultraorthodoxe Jugendliche, die mit Steinschleudern auf einen palästinensischen Bauern zielen. Später werden uns palästinensische Kollegen erzählen, dass sie nicht mehr allein auf ihre Felder gehen können, weil sie regelmäßig tätlich angegriffen werden. Yehuda zitiert den rechtsradikalen Minister Smotrich, der die palästinensische Hoffnung auf eine einvernehmliche Friedenslösung ausmerzen möchte. Shaul gibt uns zum Schluss noch nachdrücklich eine Botschaft mit, die sich vor allen Dingen gegen ein Missverständnis europäischer Regierungen richtet: Man könne zwischen Siedlerbewegung und israeli-

scher Regierungspolitik nicht unterscheiden, ja man müsse leider im Gegenteil davon sprechen, dass die Ausweitung der Siedlungen ein „kriminelles Unternehmen ist, das der israelische Staat betreibt“.

Israelische Moderne

Mo'ayyad Bisharat ist studierter Veterinär. Als Programmdirektor der palästinensischen Bauernorganisation Union of Agricultural Work Committees (UAWC) ist der gertenschlanke Mittvierziger allerdings nicht mit Schafen oder Ziegen beschäftigt, sondern mit der Frage, wie palästinensische Bäuerinnen und Bauern dem ständigen Verdrängungsdruck durch die jüdischen Siedler:innen standhalten können. Mit Mo'ayyad fahren wir in das Dorf Bardala. Es

liegt im Jordantal, der Grenzregion zu Jordanien, nicht weit entfernt von der Allon-Straße, die uns Yehuda gezeigt hat. Sie ist hier eine Art zivile Grenzbefestigung gegen den jordanischen Nachbarstaat und damit eigentlich die Grenze eines Großisraels bis an den Jordanfluss. In Oslo wurde diese Region als C-Gebiet deklariert, also als ein Territorium, das innerhalb von fünf Jahren aus der israelischen in die palästinensische Kontrolle übergehen sollte. Bis heute stehen die C-Gebiete jedoch unter vollständiger israelischer Kontrolle.

Unter sengender Sonne fahren wir nach Bardala hinein. Schon von den Anhöhen der letzten Hügel aus können wir die Siedlungen im Tal erkennen, die gleich nach 1967 hier angelegt wurden. Die perfekte israelische Moderne: Riesige Felder, Gewächshäuser und Dattelpflanzungen, so



Palästinensische Bäuerinnen und Bauern unter bewaffneter israelischer Aufsicht.

weit das Auge reicht. Diese Siedlungen setzten jedoch nicht darauf, die Zahl der jüdischen Bewohner:innen in der Westbank zu steigern, sondern auf landwirtschaftliche Industrialisierung. Die lokale palästinensische Bevölkerung war und ist als billige Arbeitskraft eingeplant.

Im Dorf Bardala, umzingelt vom israelischen agro-industriellen Komplex, betreiben wenige Hundert palästinensische Bäuerinnen und Bauern den Anbau von Gemüse und Oliven. Wir treffen den Bürgermeister, der neben einer Feuerwache residiert. Er erklärt uns gleich, dass das Feuerwehrauto angeschafft werden musste, weil radikale Siedler immer wieder palästinensische Felder oder landwirtschaftlich genutzte Gebäude in Brand setzten. In Bardala haben die Landwirte keinen Zugang zu Wasser. Als die großen Agroindustrien entstanden, übernahm Israel die Kontrolle. Am Anfang teilte man den palästinensischen Bäuerinnen und Bauern noch Wasser zu. Dann erfand man immer neue Begründungen, die Zuteilungen zu kürzen, bis sie schließlich ganz eingestellt wurden.

Wir fahren mit dem Bürgermeister zu einem Wasserreservoir, das die Bauernorganisation UAWC angelegt hat. Mitten in Dattelplantagen wird es aus den Bergen mit Wasser versorgt, das unter palästinensischer Kontrolle steht. Siedlerdruck und künstliche Wasserverknappung sind nicht das einzige Problem der Bäuerinnen und Bauern. Wer keine Landtitel aus der Zeit des osmanischen Reichs oder der jordanischen Verwaltung nachweisen kann, muss den Verlust des Landes fürchten. „Aber wir leben hier seit Generationen und fühlen uns hier zu Hause. Wir schlafen nicht wie viele Siedler mit einer Waffe unterm Kopfkissen.“ Der Satz des Bürgermeisters von Bardala klingt noch lange bei uns nach. Er beschreibt das fundamentale Problem der israelischen Sicherheitsparanoia. Dieses selbstverständliche Dahin-Gehören eines palästinensischen Landwirts kann durch

keine pathetische oder religiöse Begründung erschüttert werden.

Keine Demokratie mit Besatzung

Seit Monaten demonstrieren Israelis zu Hunderttausenden jeden Samstag in Tel Aviv und anderen Städten. Die Demonstrationen richten sich gegen die seit Ende Dezember herrschende ultrarechte Regierung unter Benjamin Netanyahu. Besondere Empörung ruft der Plan der Regierung hervor, Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes mit einer einfachen Parlamentsmehrheit zu widerrufen und damit die Gewaltenteilung außer Kraft zu setzen. Im Grunde aber ist es ein Aufstand der säkularen Mittelschicht gegen nationalreligiöse und ultraorthodoxe Regierungsmitglieder, die sich nicht nur kräftig für die eigene Klientel am Haushalt bedienen, sondern neben der Entdemokratisierung Israels auch seine Entsäkularisierung betreiben. Welches Israel es zukünftig geben wird: Das ist die große Frage. Und die vor allem aus Europa stammende liberale Mittelschicht fürchtet um nichts weniger als ihre Lebensweise. Manche transferieren bereits Vermögen ins Ausland. Die vielen Fahnen, die eine als Deutsche seltsam berühren, stehen also wirklich dafür, dass es für viele ums Ganze, um ihr Verhältnis zum Staat geht.

Auf einer Samstagsdemo im Mai in Tel Aviv treffen wir sofort einen alten Bekannten, den Menschenrechtsanwalt Michael Sfard (siehe Seite 54). Er schwirrt im Anti-Besatzungs-Block herum. Nicht viele haben sich hier versammelt. Ihre Losung lautet: Es gibt keine Demokratie mit Besatzung. Demonstrant:innen ziehen mit ihren Israel-Fahnen vorbei. Manche bleiben stehen und hören sich kurz die Reden an, gehen dann weiter. Auf die Frage, was sie von der Losung halten, sagen zwei junge Männer, die aus der Schlafstadt Ramat Gan ange-



Getrennt vom Land: 80 Prozent der israelischen Sperranlage verlaufen nicht auf der international anerkannten Grünen Linie.

reist sind, dass es bei den Protesten nicht um die Besatzung gehe. Der Block dürfe dabei sein, sei aber vollkommen bedeutungslos. Jemand reicht ein Flugblatt, auf dem nur ein Satz steht: Demokratie ist mehr als Politik. Ja, genau so sei es, sagen die beiden jungen Männer, für die Politik nur ein schmutziges Geschäft ist. Einige Sätze später sagt einer der jungen Männer, was das für ihn heißt: „Ich stehe nicht hinter der Regierung. Ich stehe hinter unserer Armee.“

Ein paar Tage zuvor in Haifa hatten wir ein Gespräch mit Ari Remez, Pressesprecher von Adalah, einer Organisation, die Palästinenser:innen in Israel seit 20 Jahren Rechtsbeistand leistet. Remez ist besorgt. Das alles könne in einer großen Katastrophe enden. Die Ultrarechten seien

auf diese Regierung sehr gut vorbereitet. Ein rechtsradikaler Thinktank aus 150 Anwält:innen habe Gesetzesvorhaben in der Pipeline, die eine „Einkaufsliste des Horrors“ seien: Sie planten eine „durch und durch rassistische Gesetzgebung“. Die jüdische Überlegenheit [supremacy] solle gesetzlich durchgesetzt werden, verbunden mit vollständiger ökonomischer Deregulierung. Diese Regierung bewege sich schnurstracks auf einen „Point of no Return“ zu. Das Gegenprogramm von Remez hat bislang keine Mehrheit: „Bill of Rights“ lautet sein Vorschlag, das allen unabhängig von der Herkunft ein Recht auf Rechte garantiert. Es fehle jedoch an Solidarität: „Die Demonstranten kämpfen nur für sich selbst.“

P.S.: Bevor ich bei medico anfang, war ich bereits mehrmals in Israel. Da ich aus einer Familie stamme, die während der NS-Zeit rassistisch und politisch verfolgt wurde, war Israel eine Entdeckung für mich. Als ich mitten in der hoffnungsvollen Atmosphäre des Oslo-Friedensprozesses zum ersten Mal dorthin reiste, war es überwältigend für mich, sich in einer Gesellschaft zu bewegen, in der es keine Nazis gab. Ganz anders als in meiner Kindheit in Deutschland, in der es von ihnen nur so wimmelte. Israel hatte für mich etwas Befreiendes. Es war nach der Shoah für Hunderttausende, für die es keinen Ort gab, ein nationales Befreiungsprojekt, das sich nicht auf seine kolonialen Vorzeichen reduzieren lässt. Es hat wie andere Befreiungsprojekte seine ursprünglichen Ziele verfehlt. Das macht diese aber nicht obsolet.



Katja Maurer berichtete im letzten Rundschreiben noch über ihre Dienstreise in die Ukraine. Über Palästina und Israel schreibt sie seit Jahrzehnten, genauso wie über die deutschen Debatten hierzu.

Neunzehneinhalb

In Palästina hat die Selbstverwaltung abgewirtschaftet. Ein politischer Neuanfang ist überfällig

Von Chris Whitman

Wer im palästinensischen Kontext arbeitet, wird nicht selten zu einem Lexikon der Zahlen. Eine, die in meinen Augen bei keiner Beschreibung der Situation fehlen darf, ist 19,5. Das ist das Durchschnittsalter der Palästinenser:innen in den besetzten palästinensischen Gebieten. Deutsche sind im Schnitt 25 Jahre älter, nämlich 44,5 Jahre. Das bedeutet auch, dass weit mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung nach dem Jahr 2000 geboren wurde und daher keine persönlichen Erinnerungen an die zweite Intifada hat. Die palästinensische Bevölkerung ist die zweitjüngste der Welt. Sichtbar wird das, wenn in einer Stadt wie Ramallah Kinder in Schuluniformen zu manchen Tageszeiten das Straßenbild beherrschen oder sich nach den Tawjihi-Abschlussprüfungen, dem palästinensischen Abitur, die Städte und Dörfer mit Zehntausenden Jugendlichen füllen.

Neoliberale Individualisierung

Was bedeuten diese Entwicklungen für die palästinensische Frage zu Rückgabe von Land, zur Frage der Rückkehr? Für die Debatten über Widerstand, Gerechtigkeit und die Bildung eines eigenständigen Staates – zumal in Zeiten, in denen der Druck durch die israelische Besatzung und Siedlungspolitik wächst? In der Vergangenheit haben neben Parteien und Bewegungen vor allem die palästinensischen Institutionen eine wesentliche Rolle dabei gespielt,

diese Agenda präsent und lebendig zu halten. Doch seit die zweite Intifada vor knapp 20 Jahren in dieser Hinsicht gescheitert ist, hat die palästinensische Jugend den meisten etablierten Strukturen den Rücken gekehrt.

Das hat viele Gründe. Einerseits sind die verheerenden Folgen der Besatzung und die militärische Gewalt gegen die Palästinenser:innen eine alltägliche Realität für jede:n Einzelne:n und jede Familie. Die Kooperation der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) mit den israelischen Behörden empfinden viele unter diesen Umständen als Verrat. Andererseits hat die katastrophale neoliberale Politik der PA die palästinensische Gesellschaft geschwächt. Sie hat eine entpolitisierte und wirtschaftlich abhängige Mittel- und Oberschicht geschaffen, die in den Status quo investiert. Gleichzeitig hat die Deregulierung des Bankenwesens eine Schuldenwirtschaft etabliert: In einer Gesellschaft, die Schulden und Kredite kaum kannte, wurde es auf einmal leicht und normal, Geld zu leihen. Das hat zu einer Ausweitung des materiellen Konsums, aber auch zu einer breiten Verschuldung geführt. Vor allem aber hat es in einer bis dato von einer Gemeinschaftsorientierung und kollektivem Widerstandsgeist geprägten Gesellschaft eine Individualisierung gefördert, die vielen jungen Menschen heute sauer aufstößt.

Eine ähnliche Entfremdung gibt es gegenüber den traditionellen Freiwilligengruppen und

Volkskomitees. Letztere sind lokale Gemeindeorganisationen, die sowohl Bildungs- als auch politische Arbeit für Jugendliche leisten. Lange bildeten sie das Rückgrat eines politisch aktiven Gemeindelebens. In den vergangenen Jahrzehnten aber sind diese Strukturen mehr und mehr ausgetrocknet. Auch hier schlägt der Neoliberalismus der PA zu Buche. Hinzu kommt, dass auch die palästinensische und internationale NGO-Arbeit in Palästina in den letzten 15 Jahren sukzessive geschrumpft ist. Das liegt an der Erschöpfung und veränderten Prioritäten der Geber. In Teilen ist es auch das Ergebnis langjähriger israelischer Anstrengungen, bestimmte NGOs zu kriminalisieren.

Die Folge dieser Dynamiken: Eine ganze Generation palästinensischer Jugendlicher ist politisch und sozial demobilisiert. Räume der Freiheit, aber auch die Hoffnung auf Befreiung

werden immer kleiner. Im Zuge dieses Wandels haben sich die Vorstellungen verändert, was der israelischen Politik von Landraub und Kolonisierung entgegenzusetzen ist, und auch, wer ihr überhaupt etwas entgegensetzt. Die Autonomiebehörde hat jedenfalls bei vielen jegliche Legitimität verspielt, palästinensische Institutionen werden nicht mehr als Orte des Widerstands und der Hoffnung angesehen. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Gründung neuer bewaffneter Gruppen und der breiten Sympathie, die diese genießen. Besonders in der jungen Generation sind sie enorm populär und nicht wenige junge Männer schließen sich Gruppen wie „Höhle des Löwen“, „Jenin-Bataillone“ oder „Tulkarem-Brigaden“ an. Trotz mangelhafter Ausbildung und schlechter militärischer Ausrüstung und der Tatsache, dass sie meistens unter der Schirmherrschaft der Hamas oder des Palästinensischen Islamischen Dihad



Jeden Tag zu Unterrichtsbeginn und -ende ist Ramallah die Stadt der Schuluniformen.

stehen, fühlen sich die Jugendlichen von ihnen angezogen – nicht zuletzt wegen der täglichen Überfälle, bei denen nicht selten Freund:innen, Familienangehörige und Nachbarn getötet werden. In jedem Fall symbolisieren diese Gruppen eine entschiedene Abgrenzung und Abwendung von den Institutionen der eigenen Selbstverwaltung. So befürworteten fast sieben von zehn Palästinenser:innen die Gründung weiterer militanter Gruppen, über die die PA keinerlei Kontrolle haben soll. Trotz der eklatanten Unterlegenheit gegenüber Israel und des absehbaren militärischen Scheiterns sollten diese Gruppen daher nicht als flüchtige Erscheinungen abgetan werden.

Die Zersplitterung überwinden

Bei allem Stillstand darf aber nicht übersehen werden, dass sich auch neue Räume geöffnet haben. Die sozialen Medien werden häufig und vorwiegend in ihrer neuen Bedeutung für die Widerstandsgruppen diskutiert. Dabei gehen sie weit darüber hinaus. Die neuen Möglichkeiten des Austauschs und der Kommunikation tragen dazu bei, die Isolation der Palästinenser:innen, auch derjenigen mit israelischem Pass, in den fragmentierten Wirklichkeiten im Westjordanland, in Jerusalem oder im Gazastreifen zu überwinden. Am deutlichsten wurde dies im Mai 2021. Als Reaktion auf die israelischen Militärangriffe gegen den Gazastreifen und die Versuche, palästinensische Familien in Sheikh Jarrah, einem Viertel im besetzten Ostjerusalem, gewaltsam zu vertreiben, wurde in den sozialen Medien zu einem Generalstreik aufgerufen. Dieser wurde in den verschiedenen Gebieten auch umgesetzt.

Insbesondere die palästinensische Linke vertritt seit langem die Auffassung, dass eine Lösung, die nicht alle Palästinenser:innen, einschließlich derer in der Diaspora, einbezieht,

zum Scheitern verurteilt ist. Lange besaßen die PLO und die Palästinensische Autonomiebehörde ein Monopol auf die politischen Strategien. Im Zuge ihres Versagens sind die bewaffneten Gruppen mit je eigenen Interessen in den Vordergrund gerückt. Umso mehr ist es an Aktivist:innen und intellektuellen Kreisen, einer frustrierten und erschöpften Bevölkerung Alternativen aufzuzeigen. Doch wo kann eine solche Alternative ansetzen?

Das Leben in den palästinensischen Gemeinden hat sich in den letzten Jahren merklich verändert, was auch mit dem Selbstbewusstsein einer neuen, jungen Generation zu tun hat. In mancherlei Hinsicht ist es palästinensischer geworden. Neu ist beispielsweise das gastronomische Angebot: Noch vor zehn Jahren war es schwierig, in Ramallah, Bethlehem oder Jerusalem ein palästinensisches Restaurant zu finden, das nicht auf Touristen ausgerichtet war. In verschiedenen Städten finden immer häufiger Wochenmärkte statt, auf denen vorwiegend palästinensische Erzeugnisse angeboten werden – im Zeitalter der Verschuldung für den Traum eines bürgerlichen, neoliberalen Lebens sind solche Initiativen einer eigenen Ökonomie (und regelmäßig angebotene Kurse zur Herstellung von Waren) ein kleiner, aber wichtiger Beitrag zur Schaffung einer Alternative. Die Spurensuche nach einer neuen palästinensischen Bewegung führt jedenfalls an der Alltagskultur einer jungen palästinensischen Generation nicht vorbei, die trotz aller Verheerungen auch Ausdruck einer unermüdlchen Lebens- und Freiheitslust ist.



Chris Whitman leitet das medico-Büro Palästina/Israel.

Bürokratische Gewalt

Die Gesundheitsversorgung in Gaza ist abhängig von israelischen Genehmigungen. Das hat oftmals verheerende Konsequenzen

Der Gazastreifen, der seit 2007 unter der Abriegelung und Blockade Israels leidet, ist meist dann in aller Munde, wenn eine Militäroffensive im Gange ist. Für die mehr als zwei Millionen Palästinenser:innen, die im Gazastreifen leben, sind Kontrolle und Angriffe durch israelische Institutionen jedoch alltägliche Ereignisse, die jeden einzelnen Aspekt ihres Alltags betreffen. Ob sie eine Ärztin brauchen oder eine Hochzeit besuchen wollen – alles ist ein Kampf. Ein wesentlicher Grund dafür ist das israelische Genehmigungssystem, ein Instrument bürokratischer Gewalt.

Das Anfang der 1990er-Jahre eingeführte System ist ein komplexer bürokratisch-militärischer Mechanismus. Über die Einschränkung der Bewegungsfreiheit kontrollieren die israelischen Behörden effektiv fast alle Aspekte ihres täglichen Lebens – einschließlich Arbeit, Bildung, Heirat, Familienbesuche und den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Palästinenser:innen, die innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete (OPT), ins Ausland oder nach Israel reisen wollen, müssen eine von den israelischen Behörden ausgestellte Genehmigung beantragen. So einfach das Verfahren auf den ersten Blick erscheinen mag: Es handelt sich um eine aufgeblähte und ausufernde Bürokratie mit komplizierten Kategorien, die beinahe alle Versuche der Palästinenser:innen, ein halbwegs normales Leben zu führen, unterbin-

det. Sie dient darüber hinaus der Fragmentierung der besetzten palästinensischen Gebiete in mehrere isolierte Enklaven – Westjordanland, Ostjerusalem und Gazastreifen.

Im besetzten Gazastreifen hat das Genehmigungssystem noch schwerwiegendere Auswirkungen auf die mehr als zwei Millionen dort lebenden Palästinenser:innen. Zusammen mit der 2007 von Israel verhängten Abriegelung und Isolierung vom Rest der Welt hat das Genehmigungssystem den Gazastreifen in ein „Bantustan“ verwandelt. So können beispielsweise Studierende aus dem Gazastreifen keine Universitäten im Westjordanland besuchen, und die Ausreisegenehmigung für ein Studium im Ausland wird häufig verweigert oder verzögert. Ehepartner:innen und Familienmitglieder werden an der Familienzusammenführung innerhalb der OPT gehindert. Selbst Patient:innen, die zum Teil unter heftigen Beschwerden leiden und in einem kritischen Zustand sind, sind diesem diskriminierenden System ausgeliefert. Sie zahlen dafür nicht selten mit ihrem Leben.

Belagerte Gesundheitsversorgung

Israels mittlerweile 16 Jahre andauernde Abriegelung und Blockade des Gazastreifens und die damit verbundenen Einschränkungen ha-

ben zu einer Verschlechterung und einem Rückbau des Gesundheitssystems im Gazastreifen geführt. Der Zugang zu lebensrettenden Behandlungen ist daher immer schwieriger geworden. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation [WHO] verweigerten im Jahr 2021 die israelischen Behörden 69 Prozent der Anträge auf die Einfuhr von Röntgen-, CT- oder Sauerstoffgeräten und Ersatzteilen nach Gaza. Das Gesundheitssystem des Gazastreifens ist daher nicht in der Lage, die Menschen in der Küstenenklave medizinisch zu versorgen.

Patient:innen sind daher gezwungen, sich außerhalb des Gazastreifens behandeln zu lassen, in der Regel in palästinensischen Krankenhäusern im Westjordanland und in Jerusalem, seltener in Israel oder im Ausland. Dafür müssen sie bei den israelischen Behörden eine einmalige Ausreisegenehmigung beantragen, was mehrere Wochen oder Monate dauern kann und damit nicht selten das Leben der Patient:innen gefährdet oder ihre Heilungschancen verringert.

Doch selbst das Durchlaufen dieses bürokratischen Labyrinths ist keine Garantie dafür, dass die Patient:innen zum vorgesehenen Zeitpunkt den benötigten Zugang erhalten. Vielmehr ist das Verfahren durch häufige, willkürliche Ablehnungen und übermäßige Verzögerungen gekennzeichnet. Seit 2017 hat Israel die Frist für die Einreichung nicht dringender Anträge von Patient:innen von 10 auf 23 Arbeitstage vor dem Krankenhaustermin mehr als verdoppelt. Trotz der Schwere ihrer Erkrankungen wurden von 2019 bis 2021 nur 65 Prozent der Anträge so rechtzeitig genehmigt, dass die Patient:innen ihren Termin im Krankenhaus wahrnehmen konnten.

Im Jahr 2022 starben neun palästinensische Patient:innen – darunter drei Kinder –, weil Israel ihnen die Ausreisegenehmigung für die

lebenswichtige medizinische Versorgung außerhalb des Gazastreifens verweigerte oder die Ausstellung verzögerte. Insbesondere für Krebspatient:innen, deren Zahl in den letzten Jahren zugenommen hat, kann die Verzögerung beim Zugang zu einer Behandlung eine Frage von Leben und Tod sein. Das Genehmigungsregime hat es so geschafft, grundlegende Rechte wie das Recht auf Gesundheit und Leben in Privilegien zu verwandeln.

An der Seite der Patient:innen

Die medico-Partnerorganisation Al Mezan bietet Patient:innen Rechtsbeistand und -vertretung und betreibt intensive internationale Lobbyarbeit, um das Recht der Palästinenser:innen auf Gesundheit zu fördern und die Segregationspolitik Israels aufzuzeigen. Al Mezan nimmt täglich Beschwerden von Patient:innen entgegen und hilft bei der ordnungsgemäßen Erstellung medizinischer Akten. Auf dieser Grundlage interveniert die Organisation bei den zuständigen israelischen Behörden, damit die Menschen in palästinensische oder israelische Krankenhäuser reisen und ihre medizinischen Termine wahrnehmen können. Im vergangenen Jahr erhielt Al Mezan 808 Anträge von Patient:innen, darunter 301 Kinder, auf Unterstützung bei der Erlangung einer Ausreisegenehmigung für eine medizinische Behandlung. Nach Intervention von Al Mezan erhielten 326 Patient:innen eine Genehmigung. Der, wenn auch begrenzte, Erfolg von Al Mezan widerlegt die Behauptung, dass die Genehmigungen aus Sicherheitsgründen verwehrt werden. Sie erweisen sich vielmehr als Schikane.

Die Autorin arbeitet für die medico-Partnerorganisation Al Mezan und wird aus Sicherheitsgründen nicht genannt. Sie lebt in Gaza.

Für das Recht auf Rechte

Ein Überblick über unsere Kooperationen in Israel/ Palästina

Grundrechte geltend machen

Den Eroberungen im Jahr 1967 folgten massive Eingriffe in palästinensische Grundrechte. Bis heute untersteht die Bevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten faktisch einem israelischen Militärregime. Israelische und palästinensische Partnerorganisationen setzen sich für gleiche Rechte für alle Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan ein. Sie arbeiten für das Menschenrecht auf Gesundheit und einen würdigen Zugang zu medizinischer Versorgung. Sie leisten psychosoziale Hilfe für Kinder, Jugendliche und Frauen oder streiten für die Rechte von Gefangenen und Geflüchteten.

Narrative und Gegenöffent- lichkeit

Um die Realität und auch die Alltäglichkeit der Unterdrückung verstehen zu können, muss sie sichtbar und zugänglich gemacht werden. Unsere Partnerorganisationen bemühen sich darum, indem sie die fortschreitende Landnahme dokumentieren oder recherchieren, welche Firmen von der Besatzungsökonomie profitieren. Denn wie so oft sind die politischen Auseinandersetzungen auch ein Kampf um Deutungshoheit und Geschichtsschreibung.

Gegen die Fragmentierung

Immer wieder greifen Armee und Siedler palästinensische Dörfer an. Ganze Gemeinden werden für den Siedlungsbau und im Namen der Sicherheit isoliert. Dem wirken Kooperationen entgegen, die palästinensischen Landwirten dabei helfen, eigenen Grund und Boden weiter zu bestellen. Unsere Partnerorganisationen bieten zudem Rechtsberatungen an. So schaffen sie auch Verbindungen zwischen betroffenen Gemeinden.

Wider die Straflosigkeit

medico arbeitet mit israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen zusammen, die Rechtsbrüche und Kriegsverbrechen dokumentieren. Sie wollen die Verantwortlichen vor nationalen wie internationalen Gerichten haftbar machen. Dies richtet sich gegen Bürgerrechtsverletzungen im gesamten Gebiet - durch alle Akteure, einschließlich der palästinensischen.

Mehr Informationen unter: www.medico.de/israel-palaestina

TEL AVIV – PHYSICIANS FOR HUMAN RIGHTS- ISRAEL (PHR-IL)
Gesundheits- und Menschenrechtsarbeit in den besetzten Gebieten, offene Klinik Jaffa/Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen in Israel

TEL AVIV – BREAKING THE SILENCE
Aufklärungsarbeit zu den Aktivitäten der israelischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten

TEL AVIV – PUBLIC COMMITTEE AGAINST TORTURE IN ISRAEL
Ringen für die Abschaffung von Folter gegen Gefangene

GAZA-STADT – PALESTINIAN MEDICAL RELIEF SOCIETY (PMRS)
Gesundheitsprogramm für nicht übertragbare Krankheiten

GAZA – AL MEZAN CENTER FOR HUMAN RIGHTS
Menschenrechtsarbeit im Gazastreifen

GAZA – SHABABEEK
Förderung junger Künstlerinnen und Künstler im Gazastreifen

GAZA – UNION OF AGRICULTURAL WORK COMMITTEES (UAWC)
Ernährungssouveränität für Fischer- und Hirtenfamilien

KHAN YOUNIS (GAZASTREIFEN) – CULTURE AND FREE THOUGHT ASSOCIATION (CFTA)
Früherkennung von Brustkrebs und medizinisch-psychologische Behandlung und Begleitung von Brustkrebspatientinnen

HAIFA – ADALAH
Menschenrechtsarbeit für die arabische Minderheit in Israel

HAIFA – WHO PROFITS
Rechercharbeit zu Besatzungsprofiteuren

HAIFA – BALADNA
Jugendaustausch gegen Fragmentierung der palästinensischen Identität und Gesellschaft

HAIFA – AKEVOT INSTITUTE FOR ISRAELI-PALESTINIAN CONFLICT RESEARCH
Förderung von Menschenrechten durch sachlichen Umgang mit Geschichte

RAMALLAH – UAWC
Verteidigung palästinensischer Landrechte in der Westbank

RAMALLAH – AL-HAQ
Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Rechtsbrüchen

RAMALLAH – AL-MARSAD
Dokumentation von Kinderarbeit und Einsatz für Kinderrechte

OSTJERUSALEM UND RAMALLAH – MEDICO-BÜRO PALÄSTINA & ISRAEL

JERUSALEM – KEREM NAVOT
Dokumentation von Landnahme durch Siedlungen im Westjordanland

JERUSALEM – HAMOKED
Einsatz für das palästinensische Recht auf Familienzusammenführung

JERUSALEM – HUMAN RIGHTS DEFENDERS FUND
Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen, Dokumentation von Rechtsbrüchen

Vor 17 Jahren eröffnete das medico-Auslandsbüro in Israel/Palästina. Heute arbeitet dort ein internationales fünfköpfiges Team direkt an der Seite der Partner:innen, mitten im Handgemenge.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Staatsräson sticht Grundrechte

Deutschland feiert die Gründung des Staates Israel und verbietet gleichzeitig eine Versammlung zum Jahrestag der Nakba

Von Ralf Michaels

Am 12. Mai 2023 wurde im Bundestag der 75. Jahrestag der Gründung des Staates Israel begangen – Ausdruck der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel, die aus der Verantwortung für den Holocaust herührt und zur Staatsräson geworden ist. Unter den Blicken des israelischen Botschafters als Gast mahnten zwar einige Redner:innen mehr Schritte Israels zur Lösung des Konflikts mit den Palästinenser:innen an oder äußerten Besorgnis über die politische Orientierung der neuen Regierung. Insgesamt aber überwog, verständlicherweise, die Freude über die Tatsache, dass Jüdinnen und Juden nach Jahrhunderten antisemitischer Verfolgung in Europa und nach dem deutschen Genozid einen eigenen Staat erlangt hatten. Und selbst die moderate Kritik ging einigen zu weit. Ein Redner bemängelte konkret, dass in Deutschland dem Bekenntnis zu Israel immer öfter ein „aber“ folge; er stelle immer häufiger einen „Mangel an Empathie und Einfühlungsvermögen gegenüber Israel“ fest.

Ganz unrecht hat er nicht: Der Eifer, den einige Deutsche bei der Kritik Israels an den Tag legen, ist beklemmend. Freilich, mehr Empathie und Einfühlungsvermögen würden sich auch

Palästinenser:innen wünschen. Für viele von ihnen ist der Jahrestag der Gründung Israels kein Feiertag, sondern der Tag, an dem sie ihrer Vertreibung gedenken, die mit der Gründung Israels zusammenfiel. Dass es zur Nakba keine Staatsfeier gibt, werden sie nicht kritisieren wollen. Dass indes die Berliner Polizei ihnen sogar untersagte, sich zu diesem Anlass zu versammeln, und eine zum Nakba-Tag angemeldete Demonstration kurzfristig verbot, dürfte ihnen sauer aufgestoßen sein. Staatsfeier auf der einen Seite, Versammlungsverbot auf der anderen, das ist doch ein erheblicher Unterschied.

Dieses Verbot der Demonstration zum Nakba-Tag entspricht einer härteren Gangart der Polizei in Berlin gegenüber propalästinensischen Demonstrationen. Schon im letzten Jahr wurde eine Demonstration zum Nakba-Tag wie auch zum Gedenken an die kurz vorher durch israelische Schüsse getötete Journalistin Shireen Abu Akleh untersagt. Seither ereilte ein ähnliches Schicksal weitere Demonstrationen. Im letzten Jahr wurde das Verbot sogar auf eine von einer jüdischen Organisation angemeldete Solidaritätsdemonstration ausgeweitet.



Foto: REUTERS/Christian Wang

Demonstration zur Erinnerung an die Nakba im Mai 2021 in Berlin.

Unter Gewaltverdacht

Dass solche Versammlungsverbote gegen propalästinensische Demonstrationen bisher von den Gerichten in Berlin aufrechterhalten worden sind, ist auf den ersten Blick nicht ganz unplausibel. Denn bei ähnlichen Veranstaltungen kam es in der Vergangenheit gelegentlich zu Rufen, die als Volksverhetzung nach § 130 StGB betrachtet werden können. Auch gab es vereinzelte Gewalt gegen Polizist:innen oder Journalist:innen. Die Versammlungsfreiheit schützt nur das Recht, sich friedlich zu versammeln.

Indessen ist der Verdacht, dass Grundrechte in bedenklicher Weise eingeschränkt werden, nicht einfach von der Hand zu weisen. Die [sehr ausführlichen] polizeilichen Begründungen stützen ihre Gewaltprognosen oft auf Ereignisse bei vergangenen Demonstrationen anderer Organisatoren und in anderen Städten – als wären alle, die sich für Palästinenser:innen einsetzen, über einen Kamm zu scheren. Ein

besonderes Risiko wird darin gesehen, dass die Demonstrant:innen durch Ereignisse in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten besonders emotionalisiert und daher gewaltbereit seien – als wäre eine solche Emotionalisierung nicht gerade ein typischer Grund zu demonstrieren. Und wenn die Polizei Palästinenser:innen und andere Menschen aus dem arabischen Raum als „diese Klientel“ bezeichnet, bei der „eine deutlich aggressive Grundhaltung“ vorherrsche, liegt der Rassismusverdacht nicht fern.

Zudem: Selbst wenn aus einer Demonstration heraus einzelne Straftaten begangen werden, ist das aus rechtlicher Sicht noch kein Grund, die ganze Demonstration zu verbieten oder aufzulösen. Denn dadurch würde die Versammlungsfreiheit derjenigen eingeschränkt, die sich friedlich verhalten. Wenn also ein einzelner Demonstrant „Juden den Tod“ wünscht, ist das strafbar und ein Grund, gegen ihn vorzugehen. Es ist aber kein Grund, die ganze Demonstration abubrechen oder gar eine zukünftige Demonstration präventiv zu verbieten. Eingriffe in die Demonstration als Ganzes sind erst zulässig, wenn die Versammlung insgesamt gefährlich wird. Und auch in solchen Fällen ist der Staat gehalten, nach Möglichkeit das mildeste Mittel zu wählen. Das heißt im Zweifel: Eingriff erst in Reaktion auf konkrete Verstöße und Gefährdungen, nicht jedoch von vornherein; konkrete Auflagen und Eingriffe statt umfassendem Verbot oder Abbruch. Die vorherige Untersagung einer Demonstration ist im liberalen Rechtsstaat eigentlich die Ausnahme.

Einschränkung von Kunst- und Meinungsfreiheit

Der Verdacht, dass der Staat Palästinenser:innen und propalästinensische Stimmen stärker beschränkt als rechtlich erlaubt, drängt sich

auch in anderen Bereichen auf. So ging die Stadt München durch drei Instanzen, nur um sich vom Bundesverwaltungsgericht sagen zu lassen, was eigentlich schon im dritten Semester gelehrt wird: Der Zugang zu öffentlichen Räumen muss gleich und unabhängig von der geäußerten Meinung gewährt werden. Deshalb haben auch BDS-Befürworter:innen einen Anspruch auf die Zurverfügungstellung von Räumen, die andere Gruppen nutzen dürfen. Das Gleiche gilt für den Musiker Roger Waters, der sich in einer Form für die Rechte von Palästinenser:innen einsetzt, die einige für antisemitisch halten. Der Versuch der Stadt Frankfurt, sein Konzert in einer städtischen Halle zu verbieten, hielt vor den Gerichten nicht stand.

Ähnliches gilt für die Kunstfreiheit. Wegen der Zurschaustellung von Kunstwerken mit Israel-Bezug, die im vergangenen Jahr auf der Kunstaussstellung documenta in Kassel zu sehen waren, wurden mehrere Strafanzeigen gestellt. Die Kasseler Staatsanwaltschaft hat ausführlich begründet, warum sie kein Ermittlungsverfahren eröffnet. Umfassender hat der Verfassungsrechtler Christoph Möllers in einem Gutachten für das Kulturstaatsministerium dargelegt, warum selbst als antisemitisch erachtete Kunst im Zweifel von der Kunstfreiheit gedeckt ist. Schließlich ist auch die Meinungsfreiheit weitreichend geschützt. So entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2022, dass private Aufrufe zum Boykott Israels vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sind. In Deutschland hat sich das noch nicht überall herumgesprochen.

So ergibt sich ein zweischneidiges Bild. Palästinenser:innen sind zwar grundsätzlich weitreichend von den Grundrechten geschützt. Es ist aber nicht immer leicht, diese geltend zu machen. Denn während die Gerichte im Großen und Ganzen recht stabil die Grundrechte durchsetzen, treten andere staatliche und nichtstaatliche

che Akteure repressiver auf. 2019 erließ der Bundestag die sogenannte Anti-BDS-Resolution, in der die BDS-Bewegung als antisemitisch eingeordnet und die Vergabe öffentlicher Räume an ihre Anhänger:innen für nicht wünschenswert erachtet wurde. Obwohl die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags selbst feststellten, dass die Resolution als Gesetz verfassungswidrig wäre und nur wegen ihres unverbindlichen Charakters bestehen bleiben könne, berufen sich staatliche Institutionen weiterhin regelmäßig auf sie. Eine Klage gegen die Resolution wurde in erster Instanz aus formalen Gründen abgewiesen; das Verfahren ist in der Berufung.

Journalist:innen unter Druck

Insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zeigen sich Einschränkungen. So wurde einer Journalistin, Nemi El-Hassan, eine Moderatorenstelle in einer Wissenschaftssendung beim WDR versagt, als sich herausstellte, dass sie viele Jahre zuvor (2014, während des Gaza-Krieges) am umstrittenen Al-Quds-Marsch teilgenommen hatte. Dem Moderator einer Kindersendung, Matondo Castlo, wurde vom Kinderkanal gekündigt, nachdem seine Teilnahme an einem Kinder- und Jugendfestival im Westjordanland publik geworden war – seine Beteuerung, vom politischen Charakter der Veranstaltung nichts gewusst zu haben, half ihm nichts. In beiden Fällen ging es um nicht-politische Sendungen; in beiden Fällen beugten sich die Sender dem Druck der Bild-Zeitung, die die Fälle skandalisiert hatte.

Wo Journalist:innen zu Gericht gehen, bekommen sie nicht selten Recht – so im Fall mehrerer arabischer und arabischstämmiger Journalist:innen, denen die Deutsche Welle wegen angeblich antisemitischer Aktivitäten gekündigt hatte. Dies geschah häufig nicht aufgrund ihrer

redaktionellen Arbeit, sondern aufgrund ihrer Beiträge auf privaten Social-Media-Kanälen. Auch hier hatte sich der Sender einem öffentlichen Druck gebeugt, wie Gerichte feststellten jedoch zu Unrecht. In der Presse wurde über die Kündigungen und Untersuchungen viel berichtet; von den Urteilen zugunsten der Journalist:innen liest man fast nichts.

Warum dieses restriktive, in Teilen rechtswidrige Vorgehen gegen Palästinenser:innen und ihre Sympathisant:innen? Häufig beruft man sich auf die besondere Verantwortung Deutschlands im Kampf gegen den Antisemitismus sowie darauf, dass die Existenz und Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson seien. Ganz abgesehen von der Frage, inwieweit gewisse Positionen, die von weiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung geteilt werden, überhaupt als antisemitisch anzusehen sind, ist diese Erklärung nicht ganz schlüssig. Denn weder die besondere Verantwortung für den Kampf gegen Antisemitismus noch die Staatsräson sind geeignete Grundlagen, um Palästinenser:innen Grundrechte vorzuenthalten. Sie mögen den Staat und seine Institutionen binden, Einzelnen können sie im liberalen Staat jedoch nicht so einfach entgegengehalten werden.

Dialog ohne Meinungsäußerung?

Es ist viel davon die Rede, dass der Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser:innen nur durch Verständigung zu lösen sei. Das entspricht dem demokratischen Grundverständnis des deutschen Staates, denn auch hier ist dieser Dialog ja wichtig. Damit ist es aber nicht vereinbar, wenn der Staat Palästinenser:innen daran hindert, zu demonstrieren und ihre Position deutlich zu machen. Denn gerade Menschen, die keinen Staat und keine staatlichen Vertreter:innen haben, sind darauf angewiesen, ihre

Positionen in Versammlungen und Meinungsäußerungen zu Gehör bringen zu können. Es ist Aufgabe der Grundrechte – der Versammlungsfreiheit und der Meinungsfreiheit insbesondere – das zu ermöglichen. Auch Menschen, deren Ideologie der Staat mehrheitlich ablehnt, haben ein Recht auf Teilnahme an der politischen Meinungsbildung, haben ein Recht darauf, einer staatlich sanktionierten Position ihre eigene Meinung, ihre eigenen Interessen, entgegenzuhalten.

Wenn deutsche Staatsvertreter:innen im Konflikt zwischen Israel und Palästinensern eher die Seite Israels einnehmen, ist das eine politische Positionierung, zu der sie berechtigt sind und für die sie historische Gründe haben. Wenn sie aber Palästinenser:innen faktisch immer wieder die Möglichkeit nehmen, ihre eigene Position auch nur frei zu artikulieren, ohne dafür schon Sanktionen befürchten zu müssen, verlassen sie das System des Rechtsstaats und der demokratischen Meinungsbildung. Sie mögen es als Erfolg im Kampf gegen den Antisemitismus verbuchen wollen, wenn Palästinenser:innen davor zurückschrecken, sich öffentlich zu äußern, und wenn Kurator:innen das Risiko nicht eingehen, propalästinensische Künstler:innen einzuladen. In Wirklichkeit fallen sie damit in vordemokratische Muster politischer Auseinandersetzung zurück.



Ralf Michaels ist Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, Inhaber eines Chair in Global Law an der Queen Mary University, London, und Professor an der Universität Hamburg.

Projekte Projektionen

Wasser als Waffe

Nothilfe nach der Zerstörung des Staudamms in der Ukraine

In einer Situation, in der ohnehin fast jedes Mittel recht zu sein scheint, wurden die Gewalten eines Stausees, vier Mal so groß wie der Bodensee, entfesselt. Die Zerstörung des Damms bei Nowa Kachowka setzt seither die Region am Unterlauf des Dnipro/Dnjepr im Süden der Ukraine unter Wasser. Die langfristigen Folgen sind kaum absehbar. Der See versorgte Hunderttausende mit Trinkwasser, ganze Ökosysteme drohen zu kippen, riesige landwirtschaftliche Flächen sind zerstört. Akut sind Zehntausende Menschen unmittelbar betroffen. Sofort gehandelt hat Mirnoe Nebo, die Organisation, die sich kurz nach Beginn des russischen Angriffs gegründet hat und seither mit Unterstützung von medico Tausende in der Region Charkiw/Charkow mit Essen verpflegt. Kaum war der Damm gebrochen, sind die Kolleg:innen in Richtung Cherson aufgebrochen. Schnell war auch hier eine Großküche installiert, über die Flüchtende aus den Flutgebieten mit Lebensmitteln und warmen Mahlzeiten versorgt werden.

Foto: Mirnoe Nebo



Überflutete Ortschaften so weit das Auge reicht.

Spendenstichwort: Ukraine

Kein Einstieg

Fossile Großprojekte und Landraub in Ostafrika

„Kenia ist ein inspirierender Klimachampion“, sagte Bundeskanzler Scholz, als er im Mai Nairobi besuchte. Und im Juni schloss die EU mit Kenia ein Handelsabkommen mit Nachhaltigkeitsvereinbarungen. Beides hat System, schließlich will Europa von der Produktion „grünen Wasserstoffs“ in dem als energiepolitischer Vorreiter gefeierten Land profitieren. Unterdessen wird vor Ort auch das Gegenteil vorangetrieben: ein nachholender Einstieg in die klimaschädliche fossile Energiegewinnung. In Kitui County sind große Vorkommen Kohle nachgewiesen. Das hat einen alten Traum nationaler Eliten und Großkonzerne umso lukrativer gemacht: In dem an der Küste gelegenen Lamu County wollen sie das erste Kohlekraftwerk des Landes hochziehen. Hierfür wurde gemeinschaftlich genutztes Land enteignet und den dort lebenden Bäuerinnen und Bauern und Fischer:innen weggenommen. Doch es gibt organisierten Widerstand. Tatsächlich ist es der kenianischen Anti-Kohle-Allianz deCO-ALonize und ihrem lokalen Mitglied Save Lamu mit einer Klage vor dem Environmental Court gelungen, den Bau des Kraftwerkes vorläufig zu stoppen. Wie es weitergeht, ist offen. Unterstützt werden sie dabei von kenianischen Mitgliedern des transnationalen African Coaching Networks [ACN], das lokale Bewegungen durch einen länderübergreifenden Austausch von Wissen und Erfahrung stärkt. Gemeinsam wollen sie die Plünderung gesellschaftlichen Reichtums durch Großprojekte verhindern und einen „Ausstieg aus dem Einstieg“ durchsetzen.

Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit



Manu Hoyer von der Bürgerinitiative Grünheide.

Global verbunden

Nickelabbau in Indonesien und E-Autos in Brandenburg

In einem Waldstück östlich von Berlin treffen sich die indonesische medico-Partnerin Lian Gogali und Manu Hoyer von der Bürgerinitiative Grünheide zum ersten Mal. Obwohl sie keine gemeinsame Sprache sprechen, verstehen sie sich schnell. Verbunden sind sie durch die globalisierte Ausbeutung natürlicher Ressourcen und in einem Einsatz dafür, dass das Leben mehr Wert hat als der Profit. Manu engagiert sich gegen die im Namen vermeintlich klimafreundlicher Mobilität politisch gewollte Gigafactory von Tesla, die in Grünheide für Flächenrodungen und Wasserknappheit sorgt. Lian und das Institut Mosintuwu streiten im indonesischen Poso und Morowali Seite an Seite mit Bäuerinnen und Bauern und Fischer:innen für Gerechtigkeit, alternative Lösungen in der Klimakrise und gegen den zerstörerischen Abbau von Metallen wie Nickel. Aus der Erde geholt werden sie für die Produktion von E-Autos wie eben die in Grünheide. Sich einen Zielort der Rohstoffe ansehen konnte Lian, weil medico sie als Delegierte der Global Assembly (siehe Seite 40) nach Deutschland eingeladen hatte. Das Zusammentreffen im brandenburgischen Wald war „Pakaroso“, wie es in Poso heißt, gegenseitige Stärkung.

Spendenstichwort: Indonesien

Autoritäre Mehrheiten

A photograph of a crowd of people at night, celebrating. Many are holding up Turkish flags (red with a white crescent and star). In the upper right, a person is holding a lit torch, which illuminates the scene. The overall atmosphere is one of jubilation and public display.

Foto: REUTERS / Hannah McKay

„Türkiye, Türkiye“: Jubelnde Anhänger:innen feiern den Wahlsieg des Autokraten Erdoğan.



Grundrechte einschränken, gegen Minderheiten hetzen, Schutzbedürftige ausgrenzen: All das findet breiten Applaus und gewinnt Wahlen. Wieso? Beiträge zur Türkei, El Salvador, Tunesien und der EU - sowie zu einem Ereignis in der Frankfurter Paulskirche.

Katerstimmung nach der Präsidentschaftswahl: In der Türkei sitzt Erdoğan weiter fest im Sattel, Nationalismus und extreme Rechte sind gestärkt

Von Anita Starosta

Es waren wenige Wochen, in denen politische Exilant:innen die leise Hoffnung hegten, ihre Familie in der Türkei wieder besuchen zu können; in denen vorsichtig ausgesprochen wurde, dass die Tausenden politischen Gefangenen eine Chance auf Freilassung haben und es wieder möglich sein könnte, sich ohne Repression für Frauenrechte und Minderheiten einzusetzen. Kurz schien es vorstellbar, der Drohnenkrieg gegen Nordostsyrien könne enden und Hunderttausend kurdische Flüchtlinge könnten in ein freies Afrin zurückkehren.

Auch im medico-Büro wurde Verhalten spekuliert, wir ob unsere türkischen und kurdischen Partner:innen vielleicht bald ohne besondere Sicherheitsvorkehrungen besuchen und öffentlich über ihre Arbeit sprechen könnten, ohne die Sorge, sie damit zu gefährden. All das speiste der Blick auf die Parlaments- und Präsidentschaftswahl am 14. Mai. Die Voraussetzungen für einen politischen Wandel schienen infolge des Jahrhunderterebebens, des staatlichen Versagens bei der Nothilfe und der schlechten Wirtschaftslage günstig. Eine breite Opposition hatte sich auf den CHP-Vorsitzenden Kılıçdaroğlu als einzigen Präsidentschaftskandidaten geeinigt, bei Weitem kein Wunschkandidat aller. Doch der kurze Moment der Hoffnung ist großer Enttäuschung gewichen.

Zwar verfehlte Erdoğan beim ersten Wahlgang knapp die absolute Mehrheit. Doch schon am Abend des 14. Mai war klar geworden: Die türkische Bevölkerung hat mehrheitlich rechts gewählt. Sowohl das islamistisch-nationale wie auch das rechtsextreme Lager gingen deutlich gestärkt aus der Wahl hervor und dominieren weiterhin das Parlament. Es folgte ein zweiwöchiger Wahlkampf, in dem besonders Erđođans Herausforderer Kılıçdarođlu um die Wählerstimmen des rechten Ultranationalisten Sinan Ođan buhlte und die rassistische Hetze gegen syrische Flüchtlinge auf die Spitze trieb. Am Abend der Stichwahl setzte sich Erdoğan durch, auch eine große Mehrheit der im Ausland lebenden Türk:innen votierten für ihn. Seine Anhänger:innen feierten hier wie dort, selbst auf den Trümmern im Erdbebengebiet wurde gejubelt.

Unfaire Wahlen

Dass nicht einmal die Erdbebenkatastrophe – in der Millionen Menschen auch vom staatlichen Versagen unmittelbar betroffen sind – sowie eine extreme Wirtschaftskrise im Land mit einer Teuerungsrate von über 40 Prozent zur Abwahl des autoritären Herrschaftsapparats führt, wirft Fragen auf. Wie lässt sich der Wahlsieg des Autokraten Erdoğan erklären? Ansätze gibt es viele. Die Wettbewerbsbedingungen waren

nicht gleichwertig, befand auch die Beobachtermission der OSZE des Europarates. Die Medien sind voreingenommen, 95 Prozent der Fernsehsender stehen unter Kontrolle des Staatsapparates. Die Meinungsfreiheit im Land ist eingeschränkt. Rassistische und kurdenfeindliche Übergriffe, homophobe Hetze und gezielte Desinformation waren Teil der Medienstrategie von Erdoğan und seinem Institutionenapparat. Bei der Wahl kam es zu den üblichen Unstimmigkeiten, Tweets und Meldungen über falsch gestempelte Stimmzettel, Übergriffe in Wahlbüros oder Behinderung der Wahlbeobachtung machten die Runde. Von fairen, freien Wahlen konnte keine Rede sein. All das ist bedeutsam und muss aufgeklärt werden. Dennoch lässt sich der Sieg des Autokraten und das Erstarken des Ultranationalismus sowie des politischen Islams damit nicht erklären.

Offensichtlich ist es Erdoğan gelungen, die Verantwortung für die Krisen zu externalisieren und damit von sich fernzuhalten. Eine altbekannte Strategie. An der Wirtschaftskrise seien diejenigen schuld, die eine große, starke Türkei verhindern wollen. Und das Erdbeben habe ein Ausmaß gehabt, dem kein Staat der Welt gewachsen gewesen wäre. Gleichzeitig konnte sich Erdoğan mit Versprechen für Wiederaufbau, Soforthilfen und Geldverteilung als großzügiger und fürsorglicher Landesvater inszenieren. Dass der Wiederaufbau sich über Jahre hinziehen wird, Betroffene sich für neue Wohnungen verschulden müssen und auch monetäre Hilfen nur über Kredite mit absurden Zinsen vergeben werden, wird dabei übersehen.

Der Sozialwissenschaftler Hamit Bozarslan erklärt den Wahlausgang mit Phänomenen, die sich in den Jahren der Erdoğan-Autokratie in der Gesellschaft verfestigt haben. Er sieht einen Verlust rationaler Fähigkeiten, ja eine „Verdummung“ in der Gesellschaft, die etwa in dem Erdbeben und seinen Folgen nur Schicksal erken-

nen kann. In affektgeladenen Krisenzeiten halten Bozarslan zufolge viele aus Angst an Altbewährtem fest. Eben das bedient auch der von Erdoğan postulierte neosmanische Kurs unter Stärkung des politischen Islams. Die Berufung auf den türkischen Nationalismus – historisch eng verknüpft mit dem Genozid an den Armenier:innen und der Unterdrückung anderer Minderheiten, insbesondere der Kurd:innen – als Stabilitätsfaktor erkläre denn auch das strikte Festhalten an antikurdischen und rassistischen Grundhaltungen. In Bozarslans Perspektive bedarf es einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation, die über Wahlen alleine nicht erreicht werden kann. Zur Überwindung des Konservatismus und des radikalen Nationalismus sei eine „demokratische Befreiungspädagogik“ nötig. Es brauche neue Freiräume, für das Denken, die Sprache, die Kritik und den Körper – eine demokratische Revolution. Keine leichte Sache, aber für weniger sind Demokratie und Freiheit in der Türkei wohl nicht zu haben.

Selbstkritik

Für die linke Opposition ist der Wahlausgang eine Niederlage. Unter Führung der progressiven und prokurdischen HDP musste sie unter extrem schwierigen Bedingungen Wähler:innen mobilisieren. Um einem anstehenden Parteiverbot zu entgehen, hatten sie in den Monaten zuvor unter Hochdruck an dem Aufbau der Grünen Linkspartei (Yeşil Sol Parti) gearbeitet – ein Kraftakt, zumal knapp 4.000 Parteimitglieder sowie führende -funktionär:innen in Haft sind (seit 2016 sind über 25.000 Parteimitglieder kurz-, mittel- oder langfristig inhaftiert worden). Hinzu kommt, dass das Kerngebiet der Partei nach dem Erdbeben in der Südosttürkei quasi in Trümmern liegt und fast alle Aktiven in den Monaten vor der Wahl in zivilgesellschaftliche Hilfsmaßnahmen eingebunden waren.

Dass Kılıçdaroğlu bei der Stichwahl in vielen der kurdischen Städte über 70 Prozent der Stimmen erhielt – mehr als in den Gebieten seiner Stammwählerschaft im Westen des Landes –, zeigt, wie groß der Wunsch nach Abwahl Erdoğan's dort ist. Die Grüne Linkspartei kam landesweit jedoch nur auf knapp neun Prozent der Stimmen, drei Prozent weniger als die HDP fünf Jahre zuvor. Mit ihrem auf Demokratisierung setzenden Ansatz hat sie die Gesellschaft nicht erreicht. Der ehemalige Parteivorsitzende der HDP, Selahattin Demirtaş, dessen unrechtmäßige Inhaftierung vom Europäischen Gerichtshof erst kürzlich einmal mehr festgestellt wurde, fasste es nach der Wahl so zusammen: „Wenn man der Bevölkerung, die der kapitalistischen Moderne verfallen ist, die demokratische Moderne nicht erklären und keine Alternative für ein gutes und ehrenvolles Leben anbieten kann, ist der gesellschaftliche Zusammenbruch unausweichlich.“ Einige Tage später erklärte er seinen vorläufigen Rücktritt aus der aktiven Parteipolitik. Auch die beiden Ko-Vorsitzenden der HDP, Pervin Buldan und Mithat Sancar, kündigten an, nicht mehr für den Parteivorsitz anzutreten.

Bedrohte Zivilgesellschaft

Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher und humanitärer Arbeit in der Türkei wird weiter extrem schwierig bleiben. Die lokalen Partner:innen von medico stehen nach der Wahl mehr denn je unter Druck der staatlichen Repression und müssen Behinderungen fürchten. Dabei ist ihr Einsatz besonders in den stark vom Erdbeben betroffenen Gebieten für viele überlebenswichtig. Vier Monate nach der Katastrophe hat sich an der Notlage Hunderttausend obdachlos Gewordener wenig geändert. Container wurden aufgestellt und Zeltlager errichtet. Doch vor allem in den zerstörten Dörfern der Alevit:innen und Kurd:innen kommt kaum staatliche Unter-

stützung an. Es sind weiterhin lokale Helfer:innen, die Essenspakete packen und Trinkwasser verteilen, auch mit Unterstützung von medico-Spenden. Zwar sei der unmittelbare Schock bei den Betroffenen überwunden und gelinge es, das Überleben zu organisieren, berichten sie. Die Frustration über die Perspektivlosigkeit der Situation sei jedoch extrem. Der versprochene Wiederaufbau findet nur dort statt, wo er staatlichen Nutzen bringt. Obdachlosen Dorfbewohner:innen wird angetragen, ihre Dörfer zu verlassen, um in neue Wohnkomplexe in Städte zu ziehen und sich für die neuen Wohnungen zu verschulden, auch um eine demografische Veränderung in der Region voranzubringen.

Längst ist klar: Das Regime nutzt das Erdbeben. Mancherorts wird Hilfe gezielt geleistet, um Zustimmung zu erzeugen. Andernorts wird Hilfe verzögert oder verwehrt, um lokale Strukturen aufzuweichen und widerständige Gebiete zu schwächen bis hin zu entvölkern. Die Katastrophe ist noch lange nicht vorbei, weder die Not in den Erdbebengebieten noch der politische Spuk in Ankara.



Anita Starosta befasst sich bei medico u.a. mit der Türkei und hat die lokalen Projektpartner:innen kurz nach dem Erdbeben besucht.

Die medico-Partner:innen in der Südosttürkei leisten seit dem Erdbeben und bis heute Nothilfe, verteilen Essenspakete, Wasser und kümmern sich um die Unterbringung. Mit ROSA unterstützt medico nun auch ein psychosoziales Projekt im Erdbebengebiet.

Spendenstichwort: Nothilfe Erdbeben

PSYCHOSOZIALE HILFE IM ERDBEBENGEBIET

Die Schrecken des Erdbebens haben die Menschen in der Region traumatisiert. Die Katastrophe wirkt nach und belastet bis heute. Hunderttausende leben in notdürftigen Zeltlagern oder Containern. Die Sozialarbeiterinnen und Psychologinnen der neuen medico-Partnerorganisation ROSA aus Diyarbakır berichten von zahllosen Problemen und Konflikten. Und wie so oft sind es die Frauen, die einen Großteil der Lasten tragen, sich um Kinder und die Bewältigung des Alltags kümmern und dabei ihre eigenen Bedürfnisse hintanstellen. Sie zu unterstützen hat sich die Frauenorganisation zur Aufgabe gemacht. Mit medico-Unterstützung schafft ROSA in einem Zeltlager in Adiyaman Rückzugsorte für Frauen. In eigens ausgestatteten Containern bieten sie dort psychosoziale Beratung sowie Workshops zu Frauenrechten und -Gesundheit an. Leicht ist diese Arbeit nicht. Immer wieder steht ROSA – sowie viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen – im Fokus staatlicher Repressionsorgane.

Der Geist von 1951

Mit den europäischen Asyl-Plänen und dem angebahnten Tunesien-Deal schottet sich die EU weiter ab. Neu ist das nicht – im Gegenteil

Von Sofian Philip Naceur

Wird die weitreichende Neuregelung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in der derzeit auf dem Tisch liegenden Fassung ratifiziert, werden das Grundrecht auf Asyl und das 1967er-Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention von 1951 EU-weit und in bisher beispielloser Manier ausgehebelt. Linke und progressive Stimmen zeigten sich zuletzt entsetzt und teils überrascht über die widerstandslose Unterstützung der „Reform“ durch die Ampelkoalition und andere EU-Regierungen sowie über die unmittelbar anschließende Anbahnung eines neuen Deals zur Flüchtlingsabwehr mit Tunesien. Allerdings artikulierte bereits der Koalitionsvertrag von 2021 deutlich die Ziele einer substanziellen Aushöhlung des Asylrechts und des Ausbaus der EU-Grenzauslagerung. Asylprozeduren in Drittstaaten durchzuführen, soll „geprüft“ werden, heißt es beispielsweise in dem Papier.

Lange hat sich die Empörung gegen die Abschottungspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten auf Figuren oder Parteien aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum konzentriert. Das geplante GEAS ist jedoch die konsequente Fortsetzung einer seit Jahrzehnten auch von sozialdemokratischen und liberalen Parteien verfolgten Politik. Konzepte wie „Migrationsmanagement“ – eine euphemistische Bezeichnung für die Illegalisierung von Flüchtlingen bei gleichzeitiger Filterung von

Migrationsbewegungen zum Nutzen westlicher Volkswirtschaften – wurden im sozialdemokratisch-zentristischen politischen Spektrum entwickelt. Nicht zufällig wurde das International Center for Migration Policy Development (ICMPD) zwischen 1993 und 2004 von einem schwedischen Sozialdemokraten geleitet, während die Organisation maßgeblich daran beteiligt war, das Konzept des Migrationsmanagements im politischen Mainstream Europas zu etablieren. Derweil war es die damals oppositionelle SPD, die ebenso wie die FDP 1993 im Bundestag ihre Zustimmung zum „Asylkompromiss“ gab, einer Grundgesetzänderung, die bis heute als schwerwiegendste Einschränkung des Grundrechts auf Asyl in Deutschland gilt.

Die Grenzen der Genfer Konvention

Während das GEAS die individuelle Asylprüfung vollständig abzuschaffen droht und gefährliche Notstandsregeln etablieren könnte, beobachten wir nun auch formell die Rückkehr zum Ursprung der heute gültigen Architektur internationaler Flüchtlingsgesetzgebung. Der wenig universelle Umgang mit einerseits europäischen und andererseits nichteuropäischen Flüchtenden, der mit Russlands Invasion in der Ukraine deutlich geworden ist, sorgte zwar hier

und da für Empörung. Er steht aber im Einklang mit der Genfer Konvention von 1951. Diese war ausschließlich auf europäische Kriegsflüchtlinge zugeschnitten und wurde erst mit dem Zusatzprotokoll von 1967 zu einer universalen, weltweit anwendbaren Rechtsgrundlage aufgewertet. Die EU-Migrationspolitik der letzten Jahrzehnte, vor allem aber seit 2022, führt unmissverständlich vor Augen, dass der Geist der Genfer Konvention von 1951 – und nicht jener des Zusatzprotokolls von 1967 – in den Hauptstädten der EU weiterhin tonangebend ist.

Auch deshalb funktioniert das Skandalisieren von Grenzauslagerungsdeals wie jüngst mit Tunesien nicht. Es hat schon bei der Aufrüstung libyscher und ägyptischer Polizeibehörden oder Milizen im Sudan nicht funktioniert. Der schiere Umfang der jüngst initiierten Grenzauslagerungsdeals mit Tunesiens immer autoritärer regierendem Präsidenten Saïed stellen allerdings sämtliche polizeilichen Ausrüstungs- und Ausbildungsprogramme von EU und EU-Mitgliedsstaaten weit in den Schatten. Saïed hat erst vor kurzem mit seiner rassistischen Hetze eine wochenlange Gewaltwelle gegen Flüchtlinge und Migrant:innen ausgelöst. Dafür wird er nun von der EU mit einer Stabilisierung seiner Präsidentschaft belohnt. In Zeiten des anhaltenden Exodus Geflüchteter, die sich auf Booten in Richtung Italien in Sicherheit zu bringen versuchen, bedankt die EU sich für den harten Kurs gegen Flüchtlinge und Migrant:innen mit Krediten, Budgethilfen und Polizei- und Überwachungsausrüstung. Davon profitieren auch Tunesiens Zahlungsfähigkeit und die Wirtschaft.

Das Muster ist bekannt: Trotz detailliert dokumentierter Menschenrechtsverbrechen der in die Migrationsabwehr eingebundenen libyschen Behörden haben EU und EU-Mitgliedsstaaten schon vor Jahren damit begonnen, die

sogenannte libysche Küstenwache aufzurüsten. Gleiches gilt für den für seine systematischen Menschenrechtsverstöße berüchtigten ägyptischen Polizei- und Geheimdienstapparat oder die derzeit einen blutigen Krieg im Sudan führenden Rapid Support Forces (RSF), eine Miliz, die für schwerste Menschenrechtsverbrechen in Darfur verantwortlich ist. Wenn die Folterpraktiken des al-Sisi-Regimes in Kairo, die Gewalt gegen inhaftierte Geflüchtete durch libysche Milizen oder die Verbrechen der RSF schon nicht mehr für Aufmerksamkeit sorgen und rund 600 Tote in griechischen Gewässern nach wenigen Tagen aus den Medien verschwunden sind, ist die Zeit der Skandalisierung vorbei. Dann brauchen wir neue Gegenstrategien – gegen Deals mit Autokraten, das GEAS und ein exklusives Verständnis von Flüchtlingsschutz.



Sofian Philip Naceur ist Journalist und ehemaliger Ägypten-Korrespondent. Seit 2021 arbeitet er für das Nordafrikabüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis.

Mehr zur Asyl- und Migrationspolitik der EU im Dossier unter www.medico.de/europas-ende. medico international und seine Partnerorganisationen verteidigen weiterhin „Das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben“ – in solidarischen Netzwerken auf den Fluchtrouten sowie mit direkter Hilfe in Notsituationen und Öffentlichkeitsarbeit von unten.

Spendenstichwort: Flucht & Migration

Strafender Populismus

Im Krieg gegen die Banden hebt El Salvadors Präsident die Verfassung aus. Vielen gefällt das

Von Moritz Krawinkel

Als ich 2015 das erste Mal nach El Salvador kam, war es eines der gefährlichsten Länder der Welt. Etwa 6.600 Menschen starben damals in einem Jahr bei Gewaltverbrechen, das Risiko war rund 270 Mal so hoch wie in Deutschland. 2023 ist es anders. Unter dem 2019 an die Macht gekommenen Präsidenten Nayib Bukele ist die Mordrate drastisch gesunken. Schnell hatte der frühere Bürgermeister San Salvadors einen Deal mit den drei größten Gangs im Land ausgehandelt: Die Maras sollten für weniger Tote sorgen und die Regierung unterstützen, dafür wurde die Polizeipräsenz in bestimmten Regionen reduziert, es gab Hafterleichterungen und sogar Freilassungen. So kam es. In Folge einer neuerlichen Mordserie im März 2022 ließ Bukele jedoch den Ausnahmezustand erklären und schickte das Militär auf die Straßen. Zurückgezogen hat es sich bis heute nicht. Auch auf den Straßen der Hauptstadt patrouillieren Soldaten, insbesondere aber in den Armenvierteln haben sie die Kontrolle des öffentlichen Raums übernommen. Der Staat demonstriert Stärke – und hat dabei Unzählige verhaftet. Offiziellen Angaben zufolge wurden bislang 64.000 Menschen festgenommen.

Menschenrechtsorganisationen schlagen hier Alarm. Denn oft werden Menschen ohne konkrete Anklage eingesperrt. Rechtsstaatliche Verfahren sind nicht garantiert. Und Berichte

von Folter und Missbrauch in den Gefängnissen häufen sich. Was die Militarisierung konkret bedeuten kann, beschreibt Claudia Anay García de Cartagena, Projektkoordinatorin bei der langjährigen medico-Partnerorganisation Museo de la Palabra y la Imagen. Sie erzählt von einem jungen Mann, der sich von den Maras lösen konnte und im Museum begonnen hatte, vielversprechende Dokumentarfilme zu machen. Zur falschen Zeit am falschen Ort, wurde er vor einigen Monaten verhaftet. Bis heute sitzt er in Untersuchungshaft, ohne Anklage, ohne Verhandlung, ohne Wissen, wie es weitergeht. Zumindest offiziellen Umfragen zufolge stößt diese Politik des Wegsperrens dennoch auf viel Zustimmung.

Der Wunsch nach Rache

Die Journalistin Celia Medrano bezeichnet Bukeles Vorgehen als punitiven, also strafenden Populismus. Dieser wecke bei den Opfern von kriminellen Gruppen nicht den Wunsch nach Gerechtigkeit. Vielmehr „schürt er den Wunsch nach Rache“. Es geht um große Zahlen, starke Bilder und machtvolle Gesten. So hat Bukele südöstlich von San Salvador das „größte Gefängnis Lateinamerikas“ bauen lassen. 40.000 Gang-Mitglieder sollen hier inhaftiert werden. Weltweit ging ein Video durch die Medien, das



Foto: REUTERS/José Cabezas

Jung, männlich, tätowiert. Das kann für eine lange Haftstrafe reichen.

Hunderte kahlrasierte und tätowierte Männer in weißen Boxershorts zeigt, die durch Spaliere verummter Polizisten rennen mussten und nach weiteren entmenschlichenden Prozeduren in Gemeinschaftszellen gefeuchtet wurden. Es sind Szenen eines Straflagers. Doch Celia Medrano bezweifelt, dass es das Gegenüber von Staat und Gangs so noch gibt. Vielmehr hätten sich die Maras mit den kriminellen Teilen der Regierung verbunden. „Unter der aktuellen Regierung haben sie echte Machtpositionen im Staatsapparat erlangt. Im Grunde sind es längst keine Gangs mehr. Es ist organisiertes Verbrechen, es sind Kartelle wie in Mexiko.“ Bukeles Macht erstreckt sich längst auch auf die Judikative. Seine Mehrheit im Parlament hat missliebige Generalstaatsanwälte und hochrangige Richter abgesetzt. Kritik an dem ultra-autoritären Kurs ist zwar nach wie vor möglich. Sie wird aber immer gefährlicher. Im Fokus stehen dabei die Journalist:innen von El Faro, dem bekanntesten investigativen Nachrichtenmagazin der Region. Sie werden bewusst zur Zielscheibe eines Hasses, auch einer

zum Teil fanatisierten Anhängerschaft des Präsidenten, der jederzeit in Gewalt umschlagen kann. 2024 wird in El Salvador gewählt. Nicht zuletzt aufgrund einer langen Geschichte mit Diktatoren schließt die salvadorianische Verfassung eine zweite Amtszeit des Präsidenten aus. Ungeachtet dessen hat Bukele bereits angekündigt, erneut antreten zu wollen.

Südlich von El Salvador hat das Ortega-Regime den nicaraguanischen Staat in einen umfassenden Repressionsapparat verwandelt. In Guatemala haben – nach einigen Jahren eines politischen Frühlings – die alten Eliten die Macht wieder fest an sich gerissen. Hinter der Fassade einer pluralistischen Demokratie regiert die Restauration. In allen drei Ländern scheint der Autoritarismus fest im Sattel zu sitzen. So wird es der Journalistin Celia Medrano zufolge noch Jahre dauern, bis El Salvador darüber aufschrecken wird, welches diktatorische Regime Bukele etabliert – und Jahrzehnte, den Schaden an der Demokratie und ihren Institutionen rückgängig zu machen. Keine guten Aussichten.



Moritz Kranwinkel, bei medico u.a. für die Öffentlichkeitsarbeit zu Zentralamerika zuständig, hat jüngst guatemaltekeische, nicaraguanische und salvadorianische Partnerorganisationen besucht. Seine ausführlichen Reportagen finden sich im medico-Blog.

Trotz Verfolgung und zunehmender Gefahren streiten die zentralamerikanischen Partnerorganisationen von medico, und sei es wie im Fall der nicaraguanischen Kolleg:innen vom Exil aus, weiterhin für soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit.

Spendenstichwort: Mittelamerika



Schrumpfende Räume

Bei der ersten „Global Assembly“ in Frankfurt wurde deutlich: Vielerorts sind Aktivist:innen mit wachsenden Repressionen konfrontiert

Von Ramona Lenz

„Das Beziehungsgeflecht von Politik und privaten Unternehmen, das das Leben auf der Erde zerstört, existiert unabhängig von der geografischen Lage“, erklärt Lian Gogali, die das Institut Mosintuwu im indonesischen Poso leitet. Selbst kleinste Dörfer in Zentral-Sulawesi seien mit europäischen Großstädten verbunden. „Diese Verbindung zur Welt war uns bewusst, als wir den Kampf gegen das Wasserkraftwerk in der Region Poso in Zentral-Sulawesi begonnen haben.“ Gogali zufolge haben sich in den letzten Jahrzehnten in der Region immer wieder gewaltsame Vorfälle ereignet, die auf Konflikte zwischen Christ:innen und Muslim:innen zurückgeführt wurden. Tatsächlich stünden handfeste wirtschaftliche Interessen dahinter. Indem die Region zu einer Terrorismus-Gefahr-

renzone erklärt wurde, könnten natürliche Ressourcen wie Nickel mithilfe des Militärs besser ausgebeutet werden. Davon profitieren nicht zuletzt Hersteller von Elektrofahrzeugen in Deutschland, die das Metall aus Indonesien für die Batterien von E-Autos benötigen. Friedensbildende Maßnahmen sind für Lian Gogali vor diesem Hintergrund immer auch Maßnahmen gegen globale Ausbeutungsverhältnisse und für den Schutz natürlicher Ressourcen.

Als eine von 44 Menschenrechtsaktivist:innen aus 40 Ländern nahm Gogali vom 14. bis 17. Mai 2023 an einer „Global Assembly“ in Frankfurt am Main teil, bei der über die Herausforderungen für Demokratie und Menschenrechte in der globalisierten Welt debattiert wurde. Anlass gab



Foto: mediceo

Unter den Teilnehmer:innen der Assembly waren auch einige mediceo-Partner:innen.

das 175. Jubiläum der ersten deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, die seither als Symbol der Demokratiebestrebungen in Deutschland gilt. Hier versammelten sich im Mai des Jahres 1848 männliche Delegierte, um durch die Schaffung eines geeinten deutschen Nationalstaates die feudale Willkürherrschaft in den zahlreichen Monarchien im deutschsprachigen Raum zu überwinden. Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands sollten Menschen- und Bürgerrechte gesetzlich verankert werden.

Demokratische Teilhabe

Damals wie heute drängen Menschen zur demokratischen Teilhabe, weil sie sich davon eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erhoffen. Nun können die Lebensverhältnisse in einem abgelegenen Dorf in Zentral-Sulawesi allerdings auch von unternehmerischen Entscheidungen am anderen Ende der Welt bestimmt werden. Diese weltweiten Verflechtungen gilt es zu berücksichtigen, wenn es heute um demokratische Teilhabe geht. In Frankfurt hat sich daher im Zuge der Vorbereitungen des 175. Paulskirchenjubiläums ein zivilgesellschaftliches Netzwerk gebildet, das die Jubiläumsfeiern mit einem kritischen Blick von unten



„Im Feminismus geht es nicht nur um die Rechte von Frauen. Es ist auch ein Kampf gegen neoliberale Bestrebungen, die die Demokratie untergraben.“

begleitet und Fragen nach der Teilhabe aller stellt, auch über Landesgrenzen hinweg. So ist auf Initiative zivilgesellschaftlicher Organisationen wie *medico international*, *Brot für die Welt* und *Heinrich-Böll-Stiftung* sowie des *Frankfurter Instituts für Sozialforschung* und der *Frankfurter Rundschau* die Idee einer globalen Versammlung entstanden. Sie fußt auf der Überzeugung, dass dem Erbe des demokratischen Aufbruchs von 1848 nur gerecht werden kann, wer die nationale Perspektive ins Globale öffnet. Die Initiative hat deshalb Menschen aus aller Welt nach Frankfurt eingeladen, um aus der Paulskirche einen „utopischen Raum“ des

Nachdenkens und Debattierens zu machen – über demokratische Wege zu einer in Gegenwart und Zukunft für alle Menschen gleichermaßen bewohnbaren Welt.

Die eingeladenen Aktivist:innen setzen sich trotz vielfach schrumpfender Freiräume und oft unter den Bedingungen staatlicher Repression für die Verteidigung, Durchsetzung und Erweiterung von Menschenrechten ein. Das Spektrum ist breit. Es geht um den Einsatz gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für die Rechte von Frauen und LGBTQIA+, für die Sicherung von Ernährung und Landrechten, für Bewegungsfreiheit und würdige Arbeitsbedingungen, für Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Rechte von sprachlichen, religiösen oder kulturellen Minderheiten. So unterschiedlich die Kontexte und Kämpfe der Aktivist:innen auch sind, so groß ist der Wunsch nach Verbindung und Austausch.



Lina Attalah
Journalistin und
Aktivistin aus
Ägypten

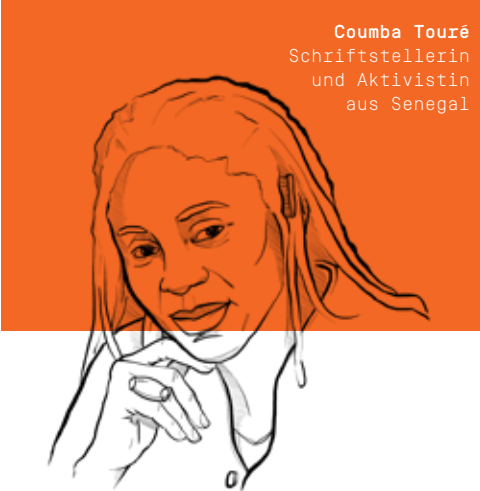
„Es gibt gerade jetzt, da die repräsentative Demokratie in vielen Ländern an ihre Grenzen stößt, die Notwendigkeit, zu transnationalen Treffen wie diesem zusammenzukommen.“

Scheitern verbindet

„Es geht nicht einfach nur um ein nettes Zusammenkommen. Es gibt eine Notwendigkeit, sich zu treffen, gerade jetzt“, sagte die Journalistin Lina Attalah aus Kairo. „Wir beobachten in vielen Ländern, dass die repräsentative Demokratie an ihre Grenzen stößt. Darüber müssen wir uns bei transnationalen Treffen wie diesem verständigen.“ Attalah berichtet als Journalistin über soziale Bewegungen und Konflikte im Nordosten Afrikas und in Westasien. Während des Arabischen Frühlings 2011 wurde sie mehrmals inhaftiert. Seit dem Scheitern des demokratischen Aufbruchs in Ägypten haben viele ihrer Kolleg:innen und Mitstreiter:innen das Land verlassen, andere mussten untertauchen oder sind in Depression versunken.

Auch die 1848er-Revolution in Deutschland ist zunächst gescheitert und die restaurativen

Coumba Touré
Schriftstellerin
und Aktivistin
aus Senegal



„Die Versammlung an einem zentralen Ort des Finanzmarkt-Kapitalismus ist ein Geschenk an die Menschen in Frankfurt, Deutschland und Europa, die etwas verändern wollen. Von den Gästen aus aller Welt können sie viel lernen über alternative Formen, sich miteinander und mit der Natur in Beziehung zu setzen.“

Kräfte setzten sich am Ende durch. Zwar dürfte die Frankfurter Paulskirche vor der Einladung zur Global Assembly kein zentraler Bezugspunkt für die Aktivist:innen aus aller Welt gewesen sein. An der Geschichte der gescheiterten deutschen Revolution tun sich jedoch Anknüpfungspunkte auf: Das Scheitern von Kämpfen um Rechte und Teilhabe ist vielen vertraut. Attalah verbindet mit Frankfurt aber noch mehr, denn es waren Philosophen der Gruppe „Frank-

furter Schule“, die Bücher wie die „Dialektik der Aufklärung“ über das Scheitern menschlicher Befreiung und die Errichtung neuer Herrschaftsformen verfasst haben – Schriften, die ihr und ihren Mitstreiter:innen in Ägypten in dunklen Zeiten Kraft zum Weitermachen gegeben haben: „Das Scheitern ist der Ausgangspunkt für neue Einsichten und Erfahrungen. Es stellt alles in Frage, was wir zu wissen glaubten, und führt uns in unbekannte Territorien.“

Nicht nur in Ägypten sind Menschenrechtsaktivist:innen einer Militärdiktatur ausgesetzt, die versucht, sie mundtot zu machen. Der Menschenrechtler Moussa Tchangari spielte eine maßgebliche Rolle in der nigrischen Demokratiebewegung Anfang der 1990er-Jahre. In den letzten Jahren saß er immer wieder im Gefängnis, weil er weiterhin für demokratische Verhältnisse eintritt. Er berichtet, dass es im Sahel kaum noch Widerstand gegen die autoritäre Regierungsführung gebe. Korruption, Unterschlagung und eine Kultur der Straflosigkeit hätten das Modell repräsentativer Demokratie, das auch in vielen anderen Ländern der Welt unter Druck geraten sei, in den Sahelländern in die Krise gestürzt. Tchangari ist überzeugt: „Letztlich braucht der gesamte Sahel eine soziale Revolution im Sinne einer tiefgreifenden Neuordnung der gesellschaftlichen Institutionen. Wir brauchen eine partizipative Demokratie, in der die Souveränität maßgeblich von den Bürgerinnen und Bürgern ausgeht. Nur so können die Menschen die Erfahrung machen, dass sie selbst es sind, die in einer Demokratie die Entscheidungen treffen.“

Lokale Kämpfe,
überlokale Strategien

Auch in Lateinamerika sind Autokraten an der Macht, die auf eine neoliberale Wirtschaftsordnung setzen und soziale Bewegungen be-

kämpfen. Liz Meléndez konstatiert: „Wir haben in Peru keine Demokratie; Menschenrechte werden hier mit Füßen getreten.“ Meléndez hat dazu beigetragen, dass Femizid, also der Mord an Frauen, in Peru als eigener Straftatbestand eingeführt wurde, und ist weiterhin engagiert im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Sie steht für einen Feminismus, der sich nicht auf die Rechte von Frauen be-

schränkt, sondern sich gleichzeitig neoliberalen Bestrebungen widersetzt, die die Demokratie untergraben. „Feminismus ist nicht nur eine Kritik am Patriarchat“, erklärt sie. „Feminismus beinhaltet nach meinem Verständnis den Kampf gegen die Unterdrückung im Allgemeinen und gegen all das, was in der Welt schief fließt, also zum Beispiel auch den menschengemachten Klimawandel.“ Im vergangenen Jahr habe der Druck auf Menschenrechtsaktivist:innen und Feminist:innen in Peru massiv zugenommen, berichtet Meléndez. „In Peru für Menschenrechte einzutreten, ist schon schwierig. Noch schwieriger ist es, feministische Werte zu verteidigen.“ Sehr schnell werde man als Terrorist:in stigmatisiert. Die Global Assembly ist für sie eine willkommene Gelegenheit, um sich mit anderen Aktivist:innen über Strategien zur Stärkung von Demokratie und Feminismus zu verständigen.



„Wir brauchen eine partizipative Demokratie, in der die Souveränität maßgeblich von den Bürgerinnen und Bürgern ausgeht. Nur so können die Menschen die Erfahrung machen, dass sie selbst es sind, die in einer Demokratie die Entscheidungen treffen.“

Der Austausch über das Erstarken autoritärer Regime nahm bei der Global Assembly viel Raum ein, zunächst bei der großen Auftaktveranstaltung in der Paulskirche, mehr dann noch an den folgenden drei Tagen, in denen die Global Assembly unter Ausschluss der Öffentlichkeit in der Evangelischen Akademie in Frankfurt zusammenkam. Von Einschränkungen der Pressefreiheit über die gewaltsame Bekämpfung sozialer Proteste bis hin zu willkürlichen Inhaftierungen und lebensbedrohlichen Verreibungen waren vielfältige Unterdrückungserfahrungen im Raum versammelt: leidvolle Erfahrungen, aber auch kraftvolle Erzählungen von lokalen Kämpfen und überlokalen Strategien. Längst sind die Teilnehmer:innen wieder auseinandergeschieden. In transnationalen Arbeitsgruppen wollen sie jedoch über die nächsten Monate weiter miteinander arbeiten. Denn die zurückliegende Global Assembly war nur eine Vorversammlung. Die eigentliche, dann noch größere globale Versammlung ist für das Frühjahr 2024 geplant, wenn sich die Verab-

scheidung der Paulskirchenverfassung ein Jahr nach der ersten deutschen Nationalversammlung zum 175. Mal jährt.

Als zentrale Themen der Zusammenarbeit für die dazwischenliegende Zeit wurden der Kampf gegen Autoritarismus, für ökonomische Gerechtigkeit, für sozial-ökologische Erneuerung, für Gendergerechtigkeit sowie für neue Formen des Umgangs mit Flucht, Migration und Staatenlosigkeit identifiziert. Dabei haben die Teilnehmer:innen nicht zuletzt die deutsche Regierung und Öffentlichkeit als Adressatinnen im Blick. Die indische Feministin und Menschenrechtsaktivistin Roshmi Goswami schlug vor, die Gelegenheit zu nutzen, dass Deutschland Austragungsort der vergangenen wie der kommenden Global Assembly ist, um die feministische Außenpolitik der Bundesregierung kritisch in den Blick zu nehmen. Und die senegalesische Schriftstellerin und Aktivistin Coumba Touré betonte, die Versammlung an einem zentralen Ort des Finanzmarkt-Kapitalismus sei „ein Geschenk an die Menschen in Frankfurt, Deutschland und Europa, die etwas verändern wollen“. Sie könnten etwas lernen über alternative „Formen, sich miteinander und mit der Natur in Beziehung zu setzen“. Welche Fragen bei der Global Assembly im Frühjahr 2024 letztlich diskutiert werden und was vielleicht darüber hinaus passiert, ist offen. Es ist auch eine Frage von Ressourcen. Dass es einen großen Bedarf an transnationaler Vernetzung und Zusammenarbeit gibt, hat die zurückliegende Assembly allerdings gezeigt.



Ramona Lenz, Sprecherin der Stiftung medico international, hat die Global Assembly mit organisiert und an ihr teilgenommen.



Lian Gogali
Friedens- und
Umweltaktivistin
aus Indonesien

„Im Kampf gegen die Zerstörung der Natur geht es nicht um Sieg oder Niederlage, sondern um die Würde aller Lebewesen.“

Kurz vor Beginn der offiziellen Feierlichkeiten zum „Paulskirchen-Jubiläum“ ist am 17. Mai 2023 in Frankfurt am Main die von der Stiftung medico international mit organisierte viertägige „Global Assembly für Menschenrechte, Demokratie und globale Gerechtigkeit“ zu Ende gegangen. Die 44 Teilnehmer:innen aus 40 Ländern verständigten sich darauf, die Arbeit bis zum kommenden März in transnationalen Gruppen fortzusetzen. Die Ergebnisse wollen sie dann bei einer weiteren, größeren Versammlung präsentieren.

www.globalassembly.de

Keine Versöh- nung



Foto: medeo

Gedenken an die Opfer der kolonialen Gewalt auf Shark Island.

Fast 120 Jahre nach dem Genozid an den Ovaherero und Nama brüskiert Deutschland die Nachfahren der Überlebenden. Eine Reportage

Von Julia Manek

Einen wunderschönen Blick auf den Atlantik und eine reiche Vergangenheit. Das verspricht eine deutschsprachige Onlineplattform für Tourismus in Namibia. In der Realität flimmert die Luft vor Hitze, die Wege sind staubig. Ein Schild weist den Weg zum Campingplatz. Hier parken Geländewagen, gepackt mit Wasserkanistern und Zeltkonstruktionen, dazu Menschen im Safari-Outfit. Nebenan plätschern die Wellen gegen die felsigen Ufer von Shark Island.

Wo heute der Campingplatz mehrheitlich weiße Tourist:innen auf ihrer Reise durch den Südwesten Afrikas beherbergt, befand sich von 1904 bis 1907 ein Konzentrationslager. Nach den brutalen genozidalen Tötungen, die auf den Vernichtungsbefehl von General von Trotha folgten, standen den deutschen Siedler:innen im damaligen „Deutsch-Südwestafrika“ kaum mehr Arbeitskräfte zur Verfügung. Die Überlebenden der Massaker wurden deshalb interniert und als Zwangsarbeiter:innen für deutsche Unternehmen und den Ausbau der kolonialen Infrastruktur missbraucht.

Im Lager fehlte es an dem Nötigsten, von Nahrung bis Kleidung. Was es gab, war exzessive Gewalt der deutschen Soldaten, auch sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder. Selbst offiziellen Angaben der deutschen Kolonialarmee zufolge starben auf Shark Island etwa neun von

zehn der 3.500 Häftlinge. Nicht selten wurden die Schädel von Verstorbenen in deutsche Forschungseinrichtungen verschickt, in deren Archiven viele von ihnen bis heute liegen. Offiziell datiert das Ende des Genozids auf 1908. Doch überlebende Ovaherero und Nama, die aus den Konzentrationslagern freigelassen wurden, erlebten weiterhin systematische Überwachung und Diskriminierung; Eigentum war ihnen entschädigungslos genommen worden, Vieh- und Landbesitz war verboten. Der Völkermord war vorbei, die Vernichtung ihrer sozialen Reproduktion und kulturellen Identität hielt an.

Gedenken auf Shark Island

Nach Veranstaltungen, die medico in Deutschland mit Vertreter:innen der Ovaherero und Nama mit organisiert hat, möchte ich mich vor Ort mit den Nachfahren der Überlebenden austauschen. Am 22. April bin ich in Namibia, um dem Gedenktag an den Genozid und der Enthüllung eines Denkmals beizuwohnen. 1985 wurde der Völkermord an den Ovaherero und Nama durch die Vereinten Nationen als erster Genozid des 20. Jahrhunderts anerkannt. Doch bis heute haben die Opfer keine Gerechtigkeit aus dem Land der Nachfahren der Täter:innen erfahren. Vor Ort wird Geschichte fortgeschrieben: In Lüderitz, der Kleinstadt auf der anderen Seite der

Bucht von Shark Island, werden vor allem Relikte kolonialer Lebensart konserviert. Deutschsprachige Aufschriften stehen auf Häusern und Straßenschildern. Selbst der Name der Kleinstadt würdigt einen deutschen Unternehmer, der zunächst den Nama per Vertragsschwindel große Ländereien abnahm, dann Schutz für seine Unternehmungen anforderte und somit die kaiserlichen Truppen in das Nama-Territorium holte.

Am Morgen dieses 22. April treffen die ersten Sonnenstrahlen auf den ruhig daliegenden Atlantik. Der am Ufer liegende Versammlungsort, anderthalb Kilometer vom ehemaligen Konzentrationslager entfernt, füllt sich nach und nach. Einige der eintreffenden Gruppen bezeichnen sich als Kommandos; die Männer tragen Uniformen, die in ihren verschiedenen Farben und Schnitten dennoch wenig uniform wirken – eine Anspielung auf jene Monturen, die die Verbände der Nama und Ovaherero den deutschen Soldaten im Kampf abnahmen. Die festlichen Kleider der Ovaherero-Frauen schmückt eine Kopfbedeckung aus Stoff, deren lange Enden Rinderhörnern nachempfunden sind. Die traditionelle Kleidung der Nama besteht aus zusammengeflackten bunten Stoffetzen und erinnert an die Zeit nach der Freilassung aus den Konzentrationslagern, in der sie Fetzen anstelle von Kleidern trugen.

Als der Gedenkmarsch zum ehemaligen Konzentrationslager beginnt, sind einige Hundert Menschen gekommen. Vertreter:innen der namibischen oder der deutschen Regierung sind nicht dabei. Der Marsch führt vorbei an der „Reichsapotheke“, der „Turnhalle“ und weiter am Industriehafen entlang, wo Container der kürzlich aufgekauften Reederei Hamburg Süd liegen. Wir erreichen den Standort des neuen Denkmals, erhöht in der Mitte von Shark Island, mit Blick auf den Atlantik. Die Stimmung ist feierlich. Es ist das erste Denkmal zur Erin-

nerung an den Genozid in Lüderitz, erkämpft von den Betroffenen.

Sima Luipert steht im Nama-Kleid vor dem Denkmal. Sie ist eine kleine, wortgewaltige Frau und spricht für die Nama Traditional Leaders Association (NTLA). Sie sagt: „Völkermord ist für diejenigen, die seine Auswirkungen bis in die Gegenwart spüren, eine persönliche Erfahrung. Ich bin die Urenkelin einer Überlebenden von Shark Island. Meine Urgroßmutter musste mit Scherben die Haut von den Schädeln ihrer verstorbenen Verwandten ziehen.“ Das Leiden beredt zu machen und immer wieder von den Gräueltaten zu erzählen, sieht sie als Teil des Kampfes um Anerkennung der kolonialen Verbrechen und Form der psychischen Heilung an. Im Schatten des Denkmals steht Professor Mutjinde Katjua, als Paramount Chief der wichtigste Entscheidungsträger der Ovaherero. „Heute ist ein historischer Tag, ein Tag der kollektiven Erinnerung und der Trauer. Hier an diesem Ort, der sämtliches Erinnern zu verunmöglichen sucht, errichten wir ein unübersehbares Monument des antikolonialen Widerstands.“

Eine gemeinsame Erklärung,
die keine ist

Am Rande der Veranstaltung spreche ich mit Jocelyn Ortmann, der Nachfahrin eines wichtigen Nama-Chiefs, und frage sie nach der Bedeutung des Denkmals für sie als junge Frau. „Gerechtigkeit“, sagt sie und fügt hinzu: „Wir stehen hier gemeinsam, auch gegenüber der deutschen Öffentlichkeit. Die deutsche Regierung sollte sich ebenfalls fragen, was sie aus der Vergangenheit lernen und jetzt anders machen kann.“

Danach sieht es derzeit nicht aus. Nach Jahren der Missachtung hatten Nama- und Ovaherero-Vertreter:innen die Bundesregierung 2017

vor einem New Yorker Gericht verklagt. Anstatt in Kontakt mit den Kläger:innen zu treten, führte die Bundesregierung lediglich Verhandlungen mit der namibischen Regierung, aus denen im Mai 2021 eine „Joint Declaration“, eine gemeinsame Erklärung, hervorging. Die deutsche Seite nennt diese Erklärung „Versöhnungsabkommen“, und so wird es auch in den deutschen Medien rezipiert.

Sima Luipert sagt über die gemeinsame Erklärung: „Weder ist sie rechtsverbindlich noch in unserem Sinne. Die Erklärung besagt, dass der Genozid nur ‚aus heutiger Sicht‘ als Völkermord betrachtet werden könne.“ Damit bezieht sich die deutsche Bundesregierung auf das Prinzip der Intertemporalität als den Grundsatz, dass ein rechtlicher Sachverhalt auf Grundlage der zu der jeweiligen Zeit gültigen Gesetze zu beurteilen sei. Luipert: „Der Joint Declaration zufolge hatten die deutschen Soldaten damals also das Recht, ‚die Wilden‘ zu töten. Das Abkommen entschuldigt den Massenmord, erneuert den kolonialen Rassismus und schmückt sich mit Entwicklungshilfe als wohlthätiger Geste der Wiedergutmachung. Von Versöhnung keine Spur.“

Wenige Tage nach der Rückkehr aus Lüderitz veranstalten die Organisator:innen der Gedenkveranstaltung eine Pressekonferenz in Windhuk. Ihr Widerstand hat wichtige Unterstützung erfahren: Sieben UN-Sonderbericht-erstatte:r:innen haben die Joint Declaration in einer Stellungnahme als unrechtmäßig bezeichnet. Paramount Chief Katjua erklärt: „Die Sonderbericht-erstatte:r:innen beanstanden die fehlende Beteiligung der Communities an der Ausarbeitung der Erklärung und fordern die bedingungslose Anerkennung des Genozids, verbunden mit dem Anspruch auf Reparationen, Restitution und Rehabilitation.“

Ein alter Mann im Publikum ergreift das Wort,

mit zitternder Stimme fordert er die Schließung des Campingplatzes auf Shark Island. Dieser entwürdigte das Land der Ahnen. „Ich hoffe, dass ich es noch erleben werde, dass uns Gerechtigkeit widerfährt“, schließt er. 50 Jahre habe es gedauert, so Katjua, bis die Unabhängigkeit Namibias von Südafrika Realität wurde. „Der Genozid ist noch länger her. Aber Gerechtigkeit wird kommen.“

Zurück in Deutschland liegt im Juni die Erwiderung zur Stellungnahme der UN-Sonderbericht-erstatte:r:innen vor. Es ist wenig überraschend: In gewohnter Manier verteidigt die deutsche Bundesregierung sämtliche Punkte der Joint Declaration und weigert sich weiterhin, in Verhandlungen mit den Communities einzutreten. Ich denke an den Gedenkmarsch und die Pressekonferenz in Namibia. In dem Land mit 2,5 Millionen Einwohner:innen schaffen die Ovaherero- und Nama-Organisationen es immer wieder, gewichtiges politisches Hebelmoment zu erzeugen. In Deutschland mit seinen über 80 Millionen Einwohner:innen, dem Weltmeister des „Versöhnungstheaters“, wie es der Publizist Max Czollek nennt, braucht es noch mehr Durchschlagkraft und Solidarität, um ihre Stimmen zu verstärken. Deshalb ist es erfreulich zu erleben, wie Initiativen, die schon seit Jahren den Kampf um Gerechtigkeit für die Nachfahren der Genozid-Überlebenden unterstützen, derzeit Unterstützung durch neue Aktivist:innen und Organisationen erfahren.

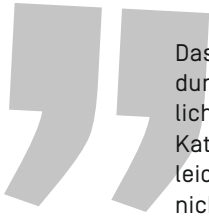
Wir werden von ihnen hören.



Julia Manek ist bei medico für psychosoziale Arbeit zuständig. Sie war das erste Mal in Namibia und begleitete im April den Genocide Day of Remembrance.

Radikal subjektiviert

Wie Katja Maurer medico verändert hat: Daran erinnert der langjährige Kollege Martin Glasenapp



Dass ich hier heute stehe und gebeten wurde, etwas zur Verabschiedung von Katja Maurer zu sagen, finde ich kurios. Es ist nämlich eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit: Katja kann man nicht verabschieden. Katja ist alles Mögliche, aber Katja ist niemals Abschied. Katja ist vielleicht Ungeduld, tausend Fragen, Neugierde, Bestimmtheit, aber eben nicht Abschied.

Was kann ich über Katja sagen, was noch nicht gesagt wurde? Vielleicht das: Katja war für mich in der Zeit unserer Zusammenarbeit bei medico international – ich war schon da, als sie 1998 kam, und ging im Jahr 2016 – nicht nur eine ziemlich großartige Kollegin, sondern sie wurde auch eine Freundin. Es ist nicht so, dass wir seitdem wöchentlich telefonieren. Aber wir tauschen uns regelmäßig aus oder sehen uns in Berlin. Wir erzählten uns in den letzten Jahren das jeweilige Leiden oder die Freuden im Job wie auch im Leben. Ich gestehe, als jemand der in dieser einen bestimmten linken Partei arbeitet, teilte ich mit Katja mehr Leiden als Freuden, wobei ich meine jüngste Zeit in der Berliner Regierung ausdrücklich davon ausnehme. Aber auch Katja erzählte mir von medico, all dem, was ihr noch gefällt, aber auch was ihr zuletzt fremd wurde.

Denn auch wenn wir hier vielleicht alle im Raum irgendwie auf die eine oder andere Weise alle Linke sind, so verändert sich das eigene Linkssein ja immer. Manchmal hat das etwas mit Erfahrungen, mit Erlebnissen und politischen Sozialisationen zu tun. Manchmal auch schlicht mit dem Alter. Aber über den Zustand des Linkssein in der heutigen Zeit will ich gar nichts sagen. Das springt einen ja eigentlich fast immer aus den Texten von medico an. Und das ist sehr gut so. Und dass das so ist, hat sehr viel mit Katja zu tun. Katja hat nämlich etwas gemacht, oder vorangetrieben: Sie hat den Text bei medico ziemlich umgekrempelt, ich würde sagen, revolutioniert. Was ich damit meine? Sie hat uns alle gefragt: Was willst du eigentlich sagen? Worum geht es dir? Gibst du den Leserinnen und Lesern eine Geschichte an die Hand oder willst du etwas verkünden? Mir sagte sie immer: „Weniger Flugblatt, lass' das rote Schwänzchen am Ende weg, trau den Leuten den eigenen Gedanken zu.“



Katja Maurer, wie so oft auf einem Podium im herzlichen und herausfordernden Gespräch.

Natürlich gab es immer schon viel Text bei medico. medico war Text. Und es gab in vielen Texten immer eine sehr große Schippe Erkenntnis und Wissen, es gab den Versuch, durch den Text das Wesen der Welt und die Möglichkeit ihrer Veränderung durch die Hilfe zu beschreiben. Als Katja kam, waren die Texte schon klug, aber zugleich auch sehr breitbeinig, sehr allwissend und dabei auch voraussetzend – und sie waren zumeist von Männern geschrieben.

Katja hat die an sich schon politischen Texte von medico noch politischer gemacht, weil sie sie radikal subjektiviert hat. Und sie hat als gute Journalistin und linke Schreibende von den Leserinnen und Lesern her gefragt, was wir eigentlich sagen möchten. Sie wollte, dass wir Machtverhältnisse erklären, aber sie wollte vor allem, dass wir über die Subjektivität des Handelns sprechen und darin über die Menschen, die Partnerinnen und Partner, die diese Verhältnisse ändern. Katja mag auch keine Ausweglosigkeit – nicht dieses mitunter Dräuende linker Theorie –, weil es eben fast immer auch einen Ausweg geben kann. Und sie mag keine Texte, in denen nichts passiert, weil es in ihnen keine Menschen gibt. Und Menschen meint nicht menscheln oder Betroffenheitskitsch, sondern schlicht und einfach Leben, Widersprüche, Zweifel – und Auswege.

Ganz wesentlich hat Katja mit dafür gesorgt, dass aus dem linken „Wachturm“, wie wir das medico-Rundschreiben manchmal nannten, ein richtiges Magazin wurde. Mit Reportagen und Meinungsstücken, knackigen Überschriften und guten Bildern. Katja hat auch die Schrift größer gemacht, weil Reclam-Schriftgröße vielleicht irgendwie mega-intellekt-

tuell und verschwörerisch wirkt, aber nicht gelesen wird. Ich zähle das hier so auf, weil wir Linken oft vergessen, dass das Entscheidende jeder Politik eben auch immer ist, wie es „da draußen“, wie das immer so schön heißt, ankommt, sprich: wie es verstanden wird. Und um verstanden zu werden, muss man eben auch verständlich sein. Und um verständlich zu sein, muss man sich auch verständigen wollen. Zumindest ich kann sagen, dass ich von Katja in dieser Hinsicht sehr viel gelernt habe, und ich glaube, wir alle haben das damals bei medico. Und ich hoffe, dass es weitergeht mit guten Texten über gute Hilfe – auch von Katja.

Es gibt noch vieles, was an Katja ziemlich großartig ist. Ich glaube ja wirklich, dass jede linke Politik, wenn sie gut sein will, dass jede progressive Hilfe, wenn sie wirklich etwas verändern will, so etwas wie ein hörendes Herz braucht. Es geht darum, tatsächlich selbst hinzuhören, was die Menschen umtreibt, was sie begehren oder woran sie verzweifeln. Es bedeutet auch, bereit zu sein, von anderen etwas anzunehmen, was man selbst vielleicht nie gewusst hätte – und sich dabei der eigenen Verantwortlichkeit zu stellen. Denn nur dann, wenn man von anderen etwas annehmen will, kann für einen selbst auch etwas neu anfangen und können wir Neues hervorbringen.

Was das im Konkreten heißt? Vor fast genau 20 Jahren war ich im Zuge des Irak-Kriegs mit Katja auf einer Veranstaltung irakischer Kurd:innen. Die Kurdinnen und Kurden sprachen völlig anders über diesen US-amerikanischen Krieg, gegen den hierzulande breit demonstriert wurde. Die Friedensbewegung forderte „Kein Blut für Öl“, sie aber freuten sich über den Sturz von Saddam Hussein. Katja kannte damals keine Kurd:innen, aber sie wollte sofort verstehen, warum die kurdischen Gefühle zu dem damaligen Krieg so ganz anders waren als die vieler Linker und Friedensbewegter in Deutschland. Katja verurteilte die Kurdinnen und Kurden nicht dafür, dass sie sich über den Einmarsch freuten. Sie wollte wissen, warum sie es tun.

Noch ein Beispiel? Ich empfehle die Reportage von Katja aus Charkow in der Ukraine im ersten medico-rundschreiben dieses Jahres. Gerade wenn man meint, das Wesentliche aus der Ukraine längst zu wissen, erfährt man unversehrt etwas über den Zusammenhang des ukrainischen Wegs nach Europa und dem Aufschwung eines fast religiösen Nationalismus. Sehr lesenswert.

Liebe Katja, das ist kein Abschied, sondern ein Anfang.
Auf ins Offene! Weitermachen!



Der Text ist die gekürzte Fassung einer Rede, die im März auf Katja Maurers Verabschiedungsfeier im medico-Haus gehalten wurde. Ihr Verfasser Martin Glasenapp arbeitete zwei Jahrzehnte für medico. Im Jahr 2016 zog es ihn ins politische Berlin, wo er Katja Kippings Büroleiter wurde - erst in der Partei, dann in der rot-grün-roten Senatsverwaltung.



Rundschreiben 01/2004:
Das Cover des ersten von
Katja Maurer verantworteten
Heftes.

BIS MORGEN

Katja Maurer geht und bleibt

25 Jahre sind eine lange Zeit und 1998 ist lange her. Damals wurde Katja Maurer zur Leiterin der Öffentlichkeitsabteilung bei medico international - und blieb es rund zwei Jahrzehnte. Fast ebenso lang, noch bis Anfang 2023, war sie Chefredakteurin des medico-rundschreibens. Am 24. März nun hat medico sie als geschätzte, mutige, wissbegierige und auch streitbare Kollegin mit einem großen Fest in den Ruhestand verabschiedet.

Ihr Abschied ist Teil eines Generationswechsels. Und er ist ein Einschnitt, für das Rundschreiben wie für das Haus insgesamt. Denn immer schon, zuletzt aber noch einmal deutlicher, haben Katjas Beiträge medico geprägt, intern ebenso wie in der Außenwahrnehmung. Ob zur palästinensisch-israelischen Situation, zu Kontroversen im Kontext der Documenta oder zum Krieg in der Ukraine: Ihre Texte helfen immer, vertrackte Verhältnisse zu verstehen. Katja Maurer hat Positionen von und für medico formuliert und behauptet. Und es waren oftmals ihre Beiträge, die am häufigsten gelesen, am meisten geteilt und am intensivsten diskutiert wurden. Sie waren und sind stets tief mit dem medico-Ansatz verwurzelt, indem sie immer auch aus der Begegnung mit den Weltverhältnissen entstanden, bei zahlreichen Dienstreisen oder Gesprächen mit politischen Köpfen in aller Welt.

Für Katja beginnt das Denken immer wieder von vorne. Es darf sich nie abschließen. Ihre Texte sind immer zugleich Einladung wie Aufforderung dazu, in Bewegung zu bleiben. So schreibt man natürlich nur, wenn man auch so ist. All das wird jetzt von anderen fortzusetzen sein. Aber nicht ganz ohne sie. Denn auch in Zukunft wird Katja auf Veranstaltungen von medico zu hören und in Texten wie hier im Rundschreiben zu lesen sein. Auch im Büro wurde sie nach dem 24. März bereits häufiger angetroffen. Es bleibt also alles anders. Wir freuen uns schon darauf.

Die Redaktion

Anwalt ohne Parkplatz

In Den Haag geht es aktuell nicht nur um russische Kriegsverbrechen: Michael Sfard über Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs in den besetzten palästinensischen Gebieten



Foto: Privat

Michael Sfard ist einer der prominentesten Menschenrechtsanwälte Israels. 2018 erschien sein Buch „The Wall and the Gate: Israel, Palestine, and the Legal Battle for Human Rights.“

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag hat im Februar 2021 erklärt, dass sich seine Gerichtsbarkeit auch auf das Westjordanland, den Gazastreifen und Ostjerusalem erstreckt. Damit hat das Gericht den Weg frei gemacht für die Aufnahme einer formalen Untersuchung dort potenziell begangener Kriegsverbrechen. Was bedeutete diese Entscheidung und was ist seitdem passiert?

Die Entscheidung hat den Weg dafür frei gemacht, Verbrechen am IStGH zu verhandeln, die in den palästinensischen Autonomiegebiete-

ten begangen wurden. Es ging um die Frage, ob Palästina ein Staat nach internationalem Recht ist, und das Gericht entschied mehrheitlich, dass es sich im Sinne des Gerichts um einen Staat handelt. Der aktuelle Stand der Ermittlungen ist allerdings nicht öffentlich. Klar ist, dass die mittlerweile abgelöste Anklägerin eine Voruntersuchung angestellt hatte, die sich bezüglich israelischer Verbrechen auf drei Fälle erstreckt, die aber – wie sie damals sagte – nur Beispiele seien. Dies sind erstens der Einsatz tödlicher Waffen gegen Demonstrant:innen im Gazastreifen beim Marsch der Rückkehr seit März 2018, zweitens die Siedlungspolitik und drittens die Bombardierung ziviler Ziele während des Gaza-Krieges 2014. Es kann sein, dass der jetzige Ankläger weitere Untersuchungen veranlasst hat und dass vielleicht sogar Untersuchungen wegen des Verbrechens der Apartheid begonnen werden. Im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts sind jedenfalls Kriegsverbrechen begangen worden. Das Gericht untersucht auch palästinensische Verbrechen, z. B. den Abschuss von Raketen auf israelische Zivilist:innen von Gaza aus, die Selbstmordattentate und Folter in palästinensischen Gefängnissen.

Lassen Sie uns über den Apartheid-Begriff sprechen, und zwar nicht als politischen

Kampfbegriff, sondern als juristische Kategorie. Sie selbst haben bereits 2020 in einem ausführlichen Bericht von Apartheid in Bezug auf das israelische Kontrollregime in der Westbank gesprochen. Worin besteht die Grundlage dieser Argumentation?

Es gibt zwei gültige Definitionen im völkerrechtlichen Sinne: Einerseits die von der UN-Vollversammlung 1973 verabschiedete „Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid“. Sie richtete sich gegen die Apartheid in Südafrika. Und dann gibt es andererseits die Apartheid-Definition des IStGH, die Apartheid als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit fasst. Diese breitere Definition bezieht sich auf das System der Apartheid und ähnelt der Definition von Folter – in dem Sinne: Folter ist das Quälen von Menschen im Namen des Staates, vollzogen von staatlichem Personal. Wenn ich als Privatperson jemanden quäle, ist das ein Verbrechen, aber keine Folter im völkerrechtlichen Sinne. Dasselbe gilt für Apartheid. Als Apartheid bezeichnet der IStGH einen Vorgang im Rahmen eines Regierungssystems, in dem eine Gruppe von Menschen eine andere systematisch beherrscht und unterdrückt mit der Intention, dieses Unterdrückungssystem aufrechtzuerhalten. Wenn eine herrschende Gruppe Rechte und Ressourcen besitzt, während die andere daran gehindert wird, diese Rechte und Ressourcen zu erhalten, und wenn das nicht nur zeitweilig ist, sondern dauerhaft gedacht ist, dann handelt es sich laut dieser Definition um ein Apartheidregime.

Und diese Realität ist Ihrer Ansicht nach in den besetzten Gebieten gegeben?

Seit 25 Jahren vertrete ich palästinensische Organisationen und Einzelpersonen vor Gericht, die um ihre Rechte gebracht wurden, während die benachbarten israelischen Siedler:innen mit Rechten ausgestattet sind. Alle meine Anwaltskolleg:innen auf der ganzen

Welt haben Parkplätze für ihre Klient:innen. Ich habe keine. Warum? Meine Klient:innen können nicht hierher nach Tel Aviv kommen, ich muss zu ihnen fahren. Ich kenne deshalb Ostjerusalem, die Westbank und auch Gaza seit vielen Jahren. Irgendwann wurde mir klar, dass das Paradigma der Besatzung eine zu enge Beschreibung für das war, was die Realität, die ich dort antraf, ausmacht. Der juristische Begriffsapparat ist nicht nur dafür da, Dinge zu regeln, sondern auch die Wirklichkeit in legalen Begriffen zu beschreiben. Und der Begriff Apartheid erklärt in diesem Sinne vieles von dem, was man in der Westbank und in den palästinensischen Dörfern sowie den Siedlungen antrifft. Besatzung ist als Begriff hilfreich, er reicht aber nicht aus.

Doch diese Terminologie ist alles andere als unumstritten...

Das stimmt, und auch ich war lange Zeit skeptisch. Apartheid ist ein rechtlich relevanter Begriff, er hat eine große Bedeutung und man möchte ihn lieber nicht verwenden, schon gar nicht inflationär. Schon vor 20 Jahren bin ich diesem Begriff zur Beschreibung der israelischen Dominanz über die Palästinenser:innen begegnet, als die Mauer errichtet wurde und manche sie als die „Apartheidmauer“ bezeichneten. Ich war damals ganz und gar gegen diesen Begriff, weil ich es für gefährlich hielt, ihn zur Skandalisierung zu verwenden und ihn damit billig zu machen. Mein Einwand damals war: Nicht jeder Mord ist ein Genozid und nicht jede Diskriminierung ist Apartheid. Nun ist es allerdings so, dass es in der jüngeren Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg viele Besatzungen gab, aber sehr wenige, in denen der Besatzer ein kolonisierendes Siedlungsprojekt betrieb. Selbst das würde jedoch noch nicht ausreichen, um von Apartheid zu sprechen. Es muss auch nachgewiesen werden, dass eine Intention vorliegt, dieses Projekt dauerhaft aufrechtzuer-

halten. Israel hat all die Jahre über behauptet, dass es eine solche Intention nicht verfolge, und hat auf den Friedensprozess verwiesen, obwohl vollkommen offensichtlich ist, dass die eine Gruppe auf Kosten der anderen Gruppe Rechte und Ressourcen erhält.

Es hat einen Friedensprozess gegeben, der in der internationalen Politik immer noch als gültig gilt. Ist das kein Argument, das zählt?

Man muss auf die Taten der israelischen Regierung schauen. Sie sprechen alle dafür, dass sie das System der Unterdrückung verlängern und aufrechterhalten will. Wenn man beispielsweise immer weiter Siedlungen baut, dann sagt man: Ich bin hier, um zu bleiben. In den internationalen Beziehungen zählen allerdings Worte oft mehr als Taten. Solange die israelische Regierung behauptet, dass sie den israelisch-palästinensischen Konflikt über Verhandlungen und Konsens lösen will, akzeptiert sie formal, dass es keine unilaterale Lösung und keine Annexionen geben darf. Man darf allerdings nicht vergessen, dass sie anders als der Rest der Welt von umstrittenen und nicht von besetzten Gebieten spricht. 2017 hat sich die Kluft zwischen Worten und Taten allerdings geschlossen. Mit dem Machtantritt von Trump in den USA outete sich die israelische Regierung als die bis dato rechteste der Geschichte. Nun lief die offizielle Politik auf die unilaterale Annexion bestimmter Gebiete hinaus.

Es gibt israelische Stimmen, die bezüglich der Menschenrechtsarbeit von „Terrorismus in Anzügen“ sprechen, die also Versuche, israelische Täter:innen anzuklagen, als Terrorismus bezeichnen. Wie sieht die Antwort der israelischen Regierung auf die Bemühungen beim IStGH und anderswo aus?

Das Team der Ankläger:innen im IStGH besteht aus hochprofessionellen Juristinnen und Juristen. Aber sie brauchen für eine halt-

bare Anklage gute und professionelle Kontakte zu den Opfern, zu den Augenzeug:innen und zu den Beweisen. Nur palästinensische Organisationen können ihnen eine Art Roadmap der Ereignisse zeichnen. Die Gegenstrategie besteht darin, die Untersuchungen des Gerichtshofes zu behindern und ins Leere laufen zu lassen. Dazu gehört auch, die Zusammenarbeit mit dem IStGH zu kriminalisieren. Wir werden wohl bald erleben, dass die Knesset

„Die palästinensischen Organisationen sind sehr wichtige Kooperationspartnerinnen des Internationalen Strafgerichtshofs. Das Ziel der israelischen Politik ist es, sie zu schließen.“

einem Antrag zustimmt, der Israelis kriminalisiert, die mit ihm kooperieren. Das Zweite ist die Einstufung palästinensischer Organisationen als terroristisch, was zum Beispiel die Menschenrechtsorganisation Al-Haq schon betrifft. Die palästinensischen Organisationen sind sehr wichtige Kooperationspartnerinnen des IStGH. Das Ziel der israelischen Politik ist es, sie zu schließen. Mit deren Einstufung als terroristische Organisationen sollte erreicht werden, dass sie keine Gelder aus dem Ausland mehr bekommen. Das war durchaus erfolgreich. Viele europäische Länder haben ihre Unterstützung für die betroffenen palästinensischen Organisationen eingefroren.

Sie vertreten Al-Haq anwaltlich und wurden dafür auch attackiert...

Ich habe Rechtsmittel gegen die Einstufung von Al-Haq beim Innenministerium eingelegt. Drei Tage vor der Anhörung bekam ich die Mit-

teilung eines Rechtsvertreters des Innenministeriums, dass ich eine Straftat begehe, wenn ich ein Honorar von Al-Haq für diese rechtsanwaltliche Tätigkeit nähme. Das wäre „Transaktion von terroristischem Eigentum“ und könne mit bis zu sieben Jahren Gefängnis bestraft werden. Auch umsonst könne ich nicht für Al-Haq arbeiten, weil das eine Spende an eine terroristische Organisation darstellen würde. Er wies mich darauf hin, dass ich eine Erlaubnis bräuchte, und zwar von ihm. Das habe ich verweigert. Jetzt liegt die ganze Angelegenheit auf Eis.

Israel lehnt den IStGH ab. Für viele Palästinenser:innen dauert das Verfahren viel zu lang. Ist der IStGH in der Sache wirklich hilfreich?

Ich halte den IStGH für einen wirklichen Joker. Es ist richtig, dass die Chancen, israelische Verantwortliche vor dem Gerichtshof in Den Haag zu sehen, nicht sehr aussichtsreich sind. Aber er könnte eine Schlüsselrolle spielen, um das Kräfteverhältnis in diesem Konflikt zu verändern. Es gibt zwei Parteien. Die eine ist eine militärische Supermacht und die andere ein Nobody. Israel ist militärisch, ökonomisch und politisch vollkommen überlegen. Das internationale Recht ist hingegen das Werkzeug der Unterdrückten und Schwachen. Aber richtig ist auch: Auf der Prozessliste des IStGH stehen fast nur afrikanische Straftäter. Die afrikanischen Regierungen kritisieren nicht zu Unrecht, dass sie der Schaffung eines weltweiten Gerichts zugestimmt haben, aber dann ein Gericht bekommen haben, in dem der weiße Norden wieder einmal den Süden sanktioniert. Der Gerichtshof muss jetzt beweisen, dass seine Standards weltweit und für alle gelten.

Seit Wochen protestieren Hunderttausende Israelis gegen die Regierung und ihre Versuche, die Justiz zu entmachten. Sehen die Protestierenden Verbindungen zur Besatzung?

Der entscheidende Grund, warum die israelische Rechte den Obersten Gerichtshof schwächen will, besteht darin, freiere Hand in Palästina zu haben. Die israelische Justiz ist eine der wichtigsten Komplizen der Besatzung. Trotzdem legt sie der Politik Zügel an und verlangsamt den Prozess. Wir haben aber eine neue Generation von Siedler:innen, die sich nicht mehr auf solche langwierigen Auseinandersetzungen einlassen wollen. Sie möchten alles sofort haben. Sie wollen palästinensisches Land enteignen und den Palästinenser:innen sofort die Felder wegnehmen. Die Siedler:innen begehen eine Art von Vätermord, denn der Oberste Gerichtshof hat das Siedlungsprojekt mit vorangetrieben.

Was ist der Ausblick?

Ich glaube, dass die Massenproteste in Israel sehr bedeutsam sind. Wenn die israelische Regierung scheitert, also die parlamentarische Einschränkung des Obersten Gerichtshofes nicht durchkommt, verändert das viel. Die israelische Öffentlichkeit ist bezüglich des Verständnisses von Demokratie systematisch verdummt worden. Die letzten Wochen haben den Israelis eine Menge ziviler Lektionen verpasst. Jedes Baby weiß nun, dass Demokratie nicht einfach die Regierung der Mehrheit ist, sondern dass bestimmte Werte und Verfahren der Gewaltenteilung unbedingt dazugehören. Ich glaube, dass Veränderungen möglich sind, wenn Risse, die unter der Oberfläche verborgen waren, sichtbar werden. Und genau das geschieht gerade in Israel – mit offenem Ausgang.

Das Gespräch führten Mario Neumann und Katja Maurer.

medico aktiv

20 Jahre danach

Der Irak-Krieg 2003, die Folgen
und die Gegenwart

Am 20. März 2003 begann die US-geführte Militärintervention im Irak. 20 Jahre später organisierte medico zwei Tage mit Filmen und Diskussionen in Berlin, die die damaligen Kontroversen noch einmal erkundeten. Im Oyoun in Neukölln ging es um die moralisierende Rede vom „globalen Kampf gegen den Terror“ und die Vorstellung, ein Regimewechsel ließe sich herbeibombardieren. Vor allem aber ging es um die Folgen eines Krieges, der im Irak bis heute nachwirkt, und die Instrumentalisierung der humanitären Hilfe. Zu den Widersprüchen zählte auch dieser: Während weltweit gegen den Krieg protestiert wurde, begrüßten kurdische Iraker:innen die Intervention, weil sie das Regime Saddam Hussein stürzte. Auf einem Podium diskutierten der Soziologe Gilbert Achcar, Katja Maurer von medico, der Aktivist Jamal Al-Sayigh und die Ökonomin Schluwa Sama auch über die jüngsten Revolten einer neuen Generation im Irak, die Alternativen zum dysfunktionalen politischen System fordern. Spätestens damit war die Diskussion in der Gegenwart angekommen, die durch den Ukraine-Krieg ohnehin ständig durchschimmerte.



Gespräch über einen Krieg, der bis heute nachwirkt.

www.medico.de/irak-veranstaltung

Europas Ende

Worte und Taten gegen die Asyl- und Migrationspolitik der EU

„Keine Kompromisse auf Kosten des Flüchtlingsschutzes.“ Im Vorfeld des EU-Innenrats am 8. Juni 2023 hat medico mit rund 60 anderen Organisationen einen Aufruf gegen die Pläne für ein Gemeinsames Europäisches Asylrechts (GEAS) veröffentlicht. Verhindert hat auch er nichts mehr. Nach den Beschlüssen wird europaweit nachvollzogen, was Deutschland 1993 bereits getan hat: das individuelle Recht auf Asyl praktisch abschaffen. Was bleibt? Auf der medico-Website wächst das Dossier „Europas Ende“ mit Kommentaren, Analysen und Berichten über die Arbeit von Partnerorganisationen an den EU-Außengrenzen und darüber hinaus: Initiativen wie das Alarmphone Sahara im Niger, das wissenschaftliche Team von Border Forensics oder die Aktivist:innen von Maldusa auf der Mittelmeerinsel Lampedusa. Hier findet sich auch die Folge des medico-Podcasts „Europas Wüste“. Daneben ist medico mit und bei Veranstaltungen aktiv. Vier aktuelle Beispiele: Im Juli spricht Kerem Schamberger als Referent für Flucht und Migration bei der Schickeria München, der Ultragruppe des FC Bayern, zum Thema. Im Juni diskutierten im medico-Haus die Journalistin Franziska Grillmeier und die Anwältin Annina Mullis vom Legal Centre Lesvos über EU-Lagersysteme und -Grenzverfahren. In einer Online-Veranstaltung stellten die Partner:innen von Border Forensics Recherchen zur Migrationsabwehr im Niger vor. Und in Berlin unterstützte medico eine Gala von *borderline-europe*, auf der wegen Schleuserei oder Menschenschmuggerei Verurteilte geehrt werden – Geflüchtete und Aktive. Denn was bleibt, ist Widerstand.

www.medico.de/europas-ende



Wahrheit und Erinnerung

Buchvorstellung des haitianischen Autors Lyonel Trouillot

Lyonel Trouillot ist nicht nur einer der bekanntesten Schriftsteller Haitis. Mit seiner Schwester betreibt er im Stadtteil Delmas auch seit Jahren ein Kulturzentrum für angehende Künstler:innen und die Nachbarschaft. Bei einer Veranstaltung im medico-Haus in Frankfurt stellte er Ende Mai seinen neuen, inmitten der haitianischen Krise verfassten Roman „Antoine des Gommiers“ (Verlag Litradukt) vor. Er habe sich der Aufgabe stellen wollen, eine eigene Erinnerung zu verfassen und gleichzeitig zu verstehen, dass sich Erinnerung nicht als Wahrheit, sondern stets aus der Sicht der Erzählenden ereignet. In dem Roman geht es um den Voodoo-Priester Antoine des Gommiers, der tatsächlich einst in Jérémie im Südwesten Haitis lebte und sprichwörtlich geworden ist. Zugleich gibt es zwei Erzähler aus einem Armenviertel in Port-au-Prince, die sich auf je eigene Weise der Frage nach der Erinnerung und ihrer Bedeutung für die Gegenwart annähern. Diese Figuren sind so genau und berührend gezeichnet, dass sich der Blick der meisten Leser:innen leise verschieben dürfte. Die apokalyptischen Szenen werden dadurch nicht angenehmer. Mittlerweile ist Trouillot nach Haiti zurückgekehrt, trotz der Tatsache, dass auch er jederzeit Opfer der in Haiti allgegenwärtigen Gewalt werden kann.

Spenden & Stiften

Umzug oder Bankänderung? Teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung mit. So bleiben wir in Kontakt!

www.medico.de/spendenservice



Spenden: Mit einer Spende unter dem Stichwort „medico international“ ist es uns möglich zu entscheiden, wo die Unterstützung am nötigsten gebraucht wird. Oft dort, wo es keine mediale Berichterstattung gibt oder in akuten Notsituationen. Sie können Ihre Spende mit einem Stichwort versehen, dann wird die Spende ausschließlich in der Region oder themenbezogen eingesetzt.

Spenden und Schenken: Verschenken Sie zu unterschiedlichen Anlässen – wie Geburtstag oder Jubiläum – eine Spende. Sie können sich auch eine Spende wünschen. Wir stellen Geschenkkarten und Infomaterial zur Verfügung.

Spendenaktion: Sie wollen bei einem Fest, Konzert oder Veranstaltung eine Spendenaktion organisieren? Es gibt die Möglichkeit, dies online aufzusetzen: www.medico.de/spendenaktion – gerne schicken wir Ihnen auch Spendendosen und Material zu und unterstützen bei der Organisation.

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. medico und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unterstützen.



Über alle Spendenmöglichkeiten können Sie sich auch auf unserer Homepage informieren.

www.medico.de/spenden

Spendenquittungen: Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatisch eine Spendenquittung, bei regelmäßigen Spenden bekommen Sie eine Jahresspendenquittung. medico international ist ein gemeinnütziger Verein und Ihre Spende somit steuerlich absetzbar.

Fördermitgliedschaft: Mit einer Fördermitgliedschaft unterstützen Sie regelmäßig und langfristig. Das ermöglicht uns in Krisensituationen schnell zu handeln und Partnerorganisationen in Regionen – jenseits der großen Aufmerksamkeit – zu unterstützen. Der jährliche Beitrag liegt bei 120 € (10 € im Monat). Für Menschen mit wenig Geld bei 60 €. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden.

Zustiftungen: Die Stiftung medico international fördert aus Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen – es gibt verschiedene Formen, das Geld solidarisch einzusetzen.

VIELEN DANK FÜR DIE SOLIDARISCHE UNTERSTÜTZUNG UNSERER ARBEIT!

WIR HELFEN GERNE WEITER

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke
Zentrale und Kommunikation
Tel.: [069] 94438-0, info@medico.de

Anita Starosta
Spendenaktionen und Kommunikation
Tel.: [069] 94438-0, starosta@medico.de

Dr. Anke Böttcher
Spendenverwaltung und Geldauflagen
Tel.: [069] 944 38-42
spendenverwaltung@medico.de

STIFTUNG/ TESTAMENTSSPENDEN

Gudrun Kortas
Tel.: [069] 94438-28,
kortas@medico.de





1



2



3



4



5



6



7

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Bestellen Sie unser medico-rundschreiben und alle anderen Materialien zum Weiterinformieren oder auch zum Auslegen – gerne auch in größerer Stückzahl! Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen, **vielen Dank!**

1 Europas Ende – Die EU hat ihre südlichen Außen-
grenzen vorverlagert. Der Infolyer stellt medico-
Kooperationen, die in der Sahelregion und am Mittel-
meer solidarische Unterstützung auf den Flucht- und
Migrationsrouten leisten.

2 Ukraine Global [8 S.] – Der Flyer im Pocketformat
informiert über medico-Hilfe für Menschen unter Be-
schuss, auf der Flucht, in Dissidenz und entlang der
globalen Erschütterungen des Krieges.

3 medico-Jahresbericht 2022 – [44 S.] Schwerpunkte
der medico-Arbeit, Kooperationen, Debatten, Netz-
werke, Aktionen, Kampagnen: der Jahresrückblick
mit Finanzbericht.

4 Stiftung medico international [32 S.] – Die Bro-
schüre Inseln der Vernunft schaffen gibt eine Über-
sicht über Ziele und Absichten, das praktische Han-
deln, die Struktur und Beteiligungsmöglichkeiten der
stiftung medico international.

5 Nicht auszuhalten – Kurzbroschüre [16 S.] – Der
Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorgani-
sationen und medicos Engagement im Bereich psy-
chosoziale Arbeit vor.

6 Globale Gesundheit – Kurzbroschüre [16 S.] – Der
Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorgani-
sationen und medicos Engagement in globalen Netz-
werken vor.

7 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft [28 S.]
– Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen
möchten, bietet die Broschüre Informationen zu
rechtlichen und steuerlichen Fragen.

Auf unserer Webseite finden Sie weitere Materia-
lien zum Bestellen oder Herunterladen:

www.medico.de/material



medico international | Lindleystr. 15 | 60314 Frank-
furt am Main | Tel.: [069] 944 38-0

Das medico-rundschreiben endet hier, doch keine Panik! **Im Netz** können Sie weiterlesen und weiter-
denken. Im **medico-Blog**
mischen wir uns gemeinsam
mit Partner:innen in aktu-
elle **Debatten** ein. Mit Bei-
trägen von **Anne Jung, Radwa
Khaled-Ibrahim, Ramona
Lenz, Katja Maurer, Riad
Othman, Thomas Rudhof-
Seibert, Anita Starosta
u.v.m.** Unser **E-Mail-News-
letter** hält Sie auf dem
Laufenden über **Aktuelles
und Kampagnen**, über unseren
Telegram-Kanal bekommen Sie
Neuigkeiten direkt aufs
Handy. „**Global Trouble**“
heißt unser **Podcast**, der
ebenso den Blick über den
Tellerrand unterstützt wie
unsere **Social-Media-Kanäle**.
Bleiben Sie mit uns in
Verbindung!

www.medico.de/verbinden



m)
medico international

„Eine versicherheitlichte Demokratie richtet ihre geistigen, moralischen, politischen und ökonomischen Ressourcen aufs ‚Überleben‘ aus, das alle anderen Erwägungen übertrumpft; sie teilt die Welt in Freunde und Feinde ein und denkt bei ihren Entscheidungen immer daran, Letztere zu besiegen. Aufgrund des ständigen Gefühls der Bedrohung wird im Namen des Überlebens regelmäßig auf dem Recht herumgetrampelt.“

Eva Illouz: Undemokratische Emotionen



medico international

